

Standpunkte

Zeitschrift der Studienvertretung VW/SozÖk/SEEP an der WU Wien



EU and UK – A complicated relationship that will end in a divorce

Irrespective of how future relationships with the EU will look like after the so-called "brexit", difficult times seem likely for the United Kingdom. An analysis by Martin Hulenyi.

Seite 6

Interview: „Viel lesen und sich bei Twitter anmelden“

Der Wirtschaftsjournalist und VWL-Absolvent Andreas Sator beantwortet im Standpunkte-Interview Fragen über Studienzeit und beruflichen Werdegang, und gibt Tipps für Journalismusinteressierte.

Seite 8

Co-Benefits – Zusätzliche Effekte einer Klimapolitik

Wie die Berücksichtigung positiver externer Effekte bei der Bewertung und Analyse klimapolitischer Maßnahmen die Position von UmweltschützerInnen stärken kann.

Seite 14

inhalt editorial

3 Die Studienvertretung berichtet

4 Die Wirtschaft und ihre Entwicklung

Der Mensch und sein Recht

von Gordana Maric

6 EU and UK – A complicated relationship that will end in a divorce

von Martin Hulenyi

8 „Viel lesen und sich bei Twitter anmelden“

Interview mit Andreas Sator

10 Einführendes zum Ordoliberalismus

von Daniel Haunschmidt

12 Co-Benefits – Zusätzliche Effekte einer Klimapolitik

von Mile Bernad

14 The Son Also Rises

von Bogdan Mihajlovic

15 A Call for Enlightenment

Kommentar von Lea Steininger

16 VCPE – 1st Vienna Conference on Pluralism in Economics

Bildbericht von Sonja Spitzer

18 Agent-Based Modeling – Wunderheilmittel für die Makroökonomik?

von Severin Rapp

20 Rückkehr der Industriepolitik?

Gastartikel von Michael Mesch

24 How to switch back to “boring monetary policy” without being trapped at the zero lower bound

von Mathias Brunner

29 VWL als Nebenfach – Pluralismus Wanted

von Heidi Leonhardt

BUCHREZENSIONEN

9 New ways to look at reality

von Gregor Zens

28 Politische Ökonomie Österreichs

von Lukas Lehner

WER UNTERRICHTET DICH?

30 Interview mit Guido Schäfer

von Peter Tschofen

VERANSTALTUNGSKALENDER

Liebe Leserinnen und Leser!

Dies ist ein Neuanfang. Seit dem Erscheinen der letzten Ausgabe ist viel Zeit vergangen, zwei Jahre um genau zu sein, und es ist viel passiert. Unter anderem sitzen mittlerweile neue Leute in der Mastervertretung, im VWZ, in den Seminaren oder hier in dieser Redaktion. Und weil es so viele neue Gesichter gibt, ist es gar nicht verwunderlich, dass unsere gemeinsame Zeitschrift ein wenig in Vergessenheit geraten ist. Fragt man Kolleginnen und Kollegen, ob sie vielleicht interessiert wären einen Artikel zu schreiben, ist die Reaktion vor allem bei den Jüngeren oftmals: „Wir haben eine Zeitschrift?“ Ja, wir haben eine, und sie ist wieder da.

Die Zeitschrift Standpunkte ist ein Projekt von uns Studierenden. Sie richtet sich an alle, die gerne diskutieren, kritisieren, recherchieren, reflektieren, lesen und schreiben, oder kurz: die selbstständig denken. Sie ist unsere Plattform für kritische Auseinandersetzung mit unserem Studium und wirtschaftlichen wie politischen Phänomenen weltweit, und ermöglicht uns erste Erfahrungen im Hinblick auf Publikation unserer eigenen Artikel zu sammeln. Wir möchten dieses wertvolle Projekt hiermit wieder aufleben lassen und weiterführen.

Diese verlorene Ausgabe besteht aus Artikeln, die bereits vor längerem geschrieben worden sind und nun viel zu lange auf ihre Veröffentlichung gewartet haben.

Während Martin Hulenysis Artikel über den sogenannten „Brexit“ aktualisiert wurde, wurden die anderen Beiträge in ihrer ursprünglichen Ausführung belassen. Dennoch scheinen einige ihre Aktualität nicht verloren zu haben: Als Beispiel sei hier Lea Steiningers Aufruf zur Besinnung auf die Werte der Aufklärung angeführt, oder Heidi Leonhardts Artikel über die Notwendigkeit einer heterodoxen Lehre innerhalb der VWL.

Weil dies die verlorene Ausgabe ist, hat sie keinen Schwerpunkt. Die Beiträge sind bunt zusammengewürfelt. So zeigt uns Gordana Maric die Mängel auf, die unserer Form zu wirtschaften im Hinblick auf Menschenrechte anhaften. Daniel Haunschmidt bringt uns die Schule des Ordoliberalismus nahe, und Mile Bernad erklärt, welche unterschätzte Rolle Co-Benefits bei der Implementierung umweltpolitischer Maßnahmen spielen. Wir haben Interviews mit Andreas Sator und Guido Schäfer und eine Analyse der gegenwärtigen Eurokrise von Mathias Brunner.

Wir hoffen, ihr genießt diese Ausgabe und bekommt vielleicht sogar Lust, selbst etwas zu verfassen.

Alles Liebe!

Eure Standpunkte Redaktion

Selbst schreiben statt vorschreiben lassen!

Wenn du Lust hast an den Standpunkten mitzuwirken schicke ein E-Mail an standpunkte.zeitung@gmail.com oder komm einfach bei der nächsten Redaktionsitzung vorbei (am 17.3. um 18:00 im D4.0.019)! Weitere Informationen und alte Ausgaben findest du auf den Seiten des VW-Zentrum wu.ac.at/economics/vw-zentrum.

IMPRESSUM: Ausgabe Nr. 14, März 2017

HERAUSGEBERIN: Mastervertretung VW/SozÖk/SEEP WU

CHEFINNENREDAKTION: Andreas Chmielowski, Tina Nötzl, Florian Bohinc

REDAKTION DIESER AUSGABE: Peter Tschofen, Mile Bernad, Martin Hulenyi, Gordana Maric, Heidi Leonhardt, Sonja Spitzer, Mathias Brunner, Daniel Haunschmidt, Lukas Lehner, Gregor Zens, Lea Steininger, Bogdan Mihajlovic, Severin Rapp

LAYOUT: Andreas Chmielowski, Florian Bohinc

Mastervertretung berichtet



Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Nach mehren Semestern ohne Standpunkte-Ausgabe, immerhin das Zentralorgan der VWL-, Sozioökonomie- und SEEP-Studierenden, wollen wir diesmal einen weiter gefassten Überblick geben.

Die Community an der WU

Das Netzwerk der Ökonomie-Studierenden ist weitaus dichter und vielfältiger als man aus den unpersönlichen Erfahrungen der ersten Semester des WU-Bachelors vermuten mag. Zwischen der gewählten *Studienvertretung*, den Betreuungseinrichtungen des Departments Volkswirtschaft (*VW-Zentrum*) bzw. Sozioökonomie (*SozÖk Home*), dem allgemeinen *VW-SozÖk-SEEP-Plenum* und dem *Standpunkte-Plenum*, sowie der Studierendeninitiative *Gesellschaft für Plurale Ökonomik* werden neben der Zeitung eine Vielzahl von Veranstaltungen organisiert. Jedes Semester wird die von Studierenden selbst organisierte Lehrveranstaltung (*SOLV*) angeboten, zu deren Planung alle Studierenden eingeladen sind. Große Diskussionsveranstaltungen und Vorträge locken regelmäßig ein großes Publikum an. So konnten bereits Joseph Stiglitz, Yanis Varoufakis und Mariana Mazzucato gemeinsam mit ihrem prominenten Anhänger Christian Kern an die WU geholt werden. Im April 2015 gab es die *1st Vienna Conference on Pluralism in Economics* (Bildbericht S. 12), im kommenden September soll ein Summer Workshop on the Limits and Blind Spots of Banking Regulation stattfinden. Nicht wegzudenken ist außerdem das Beratungs- und Vernetzungsangebot wie beispielsweise die *Spezialisierungsmesse* (bei der die aktuellen Spezialisierungen für den Bachelor vorgestellt werden), die *Ideensuppe* (bei der man WU-LehrerInnen und -ForscherInnen im kleineren Rahmen kennenlernen kann), oder auch profane *Partys*.

Die Standpunkte

Nun ist es also endlich gelungen, die langersehnte neue Standpunkte-Ausgabe fertig zu bekommen. Wir freuen uns, mit Andi Chmielewski einen neuen, hochmotivierten Chefredakteur gefunden zu haben und blicken also in eine Zukunft voll neuer Standpunkte-Ausgaben.

Was sind die *Standpunkte*? Die Zeitschrift wurde von der Studienvertretung (Magister) Volkswirtschaft 2007 ins Leben gerufen und wird mittlerweile von der Studienvertretung (Master) VW/SozÖk/SEEP weitergeführt. Die

Idee ist, Studierenden aus Bachelor und Master (aber auch Doktorat) eine Möglichkeit zu geben, selbst Artikel schreiben, dadurch den Erfahrungs- und Informationsaustausch zu befördern und Diskussionen anzuregen. Der Anspruch ist progressiv-kritisch, und es sind alle Lehrmeinungen und Theorieschulen willkommen. Die Beiträge reichen von kurzen Kommentaren über Interviews, Veranstaltungsberichte und kürzere oder längere Rezensionen bis zu langen, fundierten Darstellungen eines Diskurses. Man kann aber auch beim Redigieren und Lektorieren der Artikel oder beim Layouten mithelfen, Informationen wie bspw. Veranstaltungshinweise zusammentragen oder eine Illustration (Karikatur, Covergestaltung) beisteuern. Die Beiträge werden üblicherweise zu Semesterbeginn am Plenum vereinbart, über (fast) ein Semester verfasst und am Ende des Semesters in einem zweiten Plenumstreffen zu einer Ausgabe zusammengefügt.

Das nächste Standpunkte-Plenum findet zu Beginn des Sommersemesters am 17. März statt. Alle bisherigen Ausgaben können auf den Seiten des VW-Zentrum als PDF heruntergeladen werden. Gedruckte Ausgaben gibt es jederzeit auf Anfrage (da wir leider nirgendwo einen Zeitschriftenständer anbringen dürfen). *Kontakt: standpunkte.zeitung@gmail.com*

Die Studienvertretung

Die Studienvertretung ist die gewählte politische Vertretung, die schon auch mal für die Studierenden streiten muss. Bei strittigen Angelegenheiten, aber auch für Auskünfte könnt ihr euch jederzeit an uns wenden! Sie besteht derzeit aus 5 MandatarInnen aus allen drei vertretenen Studien (Corinna Dengler, SEEP; Florian Bohinc und Franziska Disslbacher, VWL sowie Anna Palienko-Friesinger und Julian Traut, SozÖk). Die nächste Wahl findet im kommenden Mai statt. Da es sich um eine Personenwahl handelt, seien gleich an dieser Stelle alle Interessierten aufgerufen, eine Kandidatur in Erwägung zu ziehen. Die aktuelle Studienvertretung hilft dabei natürlich.

Ganz aktuell ist die Studienvertretung mit der Ausgestaltung des *neuen Studienplans* für den Master VWL beschäftigt. Dieser wurde zwar im Februar 2016 im Senat beschlossen und soll mit Wintersemester 2018/19 in Kraft treten. Allerdings ist der Großteil der Punkte noch völlig offen, wie die groben Inhalte der Lehrver-

anstaltungen oder die Komplettumstellung auf englischsprachigen Unterricht. Und auch wie das vorgesehene umfangreiche Zulassungsverfahren aussehen soll, steht noch in den Sternen (und wird im Lichte der Ankündigung der Bundesregierung, als „Studienplatzfinanzierung“ generelle Zugangsbeschränkungen einzuführen, wohl auch neu zu denken sein.) Alles, was man bisher mit Sicherheit sagen kann: Eine Spezialisierung „Heterodoxe Ökonomie“, die das Heterodoxe Institut gerne angeboten hätte (und seitens der Studierenden nachgefragt wird), wurde bereits im WS 2014/15 von den o.-Profes (die das alleine entscheiden können) des Departments verhindert und im Zuge der Studienplanverhandlungen erneut einstimmig abgelehnt. Gerüchten, denenzufolge unter einigen ProfessorInnen auch Intentionen bestehen, die Anzahl an wirtschaftspolitischen LVs zu reduzieren, möchten wir angesichts der typischen ArbeitgeberInnen von WU-AbsolventInnen keinen Glauben schenken.

Für einen neuen Studienplan für Sozioökonomie sollen demnächst Gespräche beginnen. *Kontakt: mastervertretung@vwsozoeke.at*

Das VW-Zentrum

Das VW-Zentrum ist die erste Anlaufstelle bei administrativen Problemen oder für Auskünfte und organisiert vor allem die wiederkehrenden Veranstaltungen, allen voran die *SOLV* und die Spezialisierungsmesse, aber auch die größeren Veranstaltungen des Departments. Nach zwei Jahren hat Sarah Beran das VW-Zentrum mit Februar verlassen. Als ihre Nachfolgerin ist nun Laura Porak die zweite Studienberaterin neben Selim Barnabak. *Kontakt: vw-zentrum@wu.ac.at*

Gesellschaft für Plurale Ökonomik

Es ist keine Neuigkeit, dass die Volkswirtschaftslehre an den Hochschulen den Zeichen der Zeit ein wenig hinterherhinkt. Um neuere Ansätze in der Lehre unterzubringen und die öffentliche Debatte auf konsistentere und modernere Füße zu stellen, hat sich 2013 diese Studierendeninitiative gebildet. Zu den unregelmäßigen Plenumsterminen sind Studierende ebenso wie kritische ForscherInnen eingeladen. Informationen finden sich auf der Homepage *plurale-oekonomik.at* oder – aktueller – der Facebookseite. *Kontakt: contact@plurale-oekonomik.at*

Die Wirtschaft und ihre Entwicklung

Der Mensch und sein Recht

Die Stellung des Individuums in einer von vielen äußeren Einflüssen geprägten Gesellschaft basiert auf kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Differenzen. In unserer globalen Welt scheint es heute so, als ob es darum geht Fortschritt zu fördern und Veränderung zu fordern – um jeden Preis. Dabei stellt sich die Frage, wie Gerechtigkeit und Gleichheit, auf denen die Menschenrechte fußen, innerhalb dieser Anforderungen weltweit gelten sollen. Viele nationale und grenzüberschreitende Maßnahmen beeinflussen immer stärker den universalen Geltungsanspruch der Menschenrechte und greifen in die Lebensweisen der Bevölkerung ein. Der Satz „If it is true that one death is a tragedy and many are statistics, then this film is about statistics“ stammt aus der Handlung eines aktuellen und erschütternden Dokumentarfilms über grobe Menschenrechtsverletzungen. Im Rahmen dieses Beitrages sollten, neben anderen Kernpunkten, die Hintergründe dazu verständlicher werden. Eine Analyse von **Gordana Maric**

Aus dem heutigen Menschenrechtsdiskurs geht oftmals hervor, dass das Recht als Instrument für gesellschaftliche Veränderung angesehen wird. Verarmung, Kriege und Ungleichheit gehören wohl zu den größten Herausforderungen denen sich die Menschenrechte, so wie sie gemeint sind, stellen. Es wird versucht auf ihren Werten aufzubauen, um die Problematiken zu lösen. Doch wie soll dies in einem System der Selbstregulierung möglich sein? Immerhin sind im klassischen Verständnis die jeweiligen Nationalstaaten für den Schutz der Menschenrechte hauptverantwortlich (vgl. Hamm 2003: 111).

Karl Polanyi geht in seinem Werk „The Great Transformation“ auf die Unterordnung der Gesellschaftssubstanz gegenüber den Gesetzen des Marktes ein und erwähnt, dass ein selbstregulierender Markt die institutionelle Trennung der Gesellschaft in eine wirtschaftliche und eine politische Seite erfordert. Die Tatsache, dass Arbeit, Boden und Kapital zu Waren gemacht werden, bekräftigt diese Unterordnung und Verselbständigung der Ökonomie in gleichem Maße, denn dabei handelt es sich um nichts Geringeres als die Menschen selber, die das Grundgerüst einer Gesellschaft sind, und deren natürliche Umgebung (vgl. Polanyi 1944: 106). Er schreibt:

„[...] normalerweise ist die Wirtschaftsordnung bloß eine Funktion der Gesellschaftsordnung, in der sie eingeschlossen ist. Wie wir gezeigt haben, gab es weder in der Stammesgemeinschaft noch im feudalen oder merkantilen System ein separates ökonomisches System im Rahmen der Gesellschaft. Die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, in der die wirtschaftliche Tätigkeit herausgelöst und einem spezifischen ökonomischen Trieb

zugeschrieben wurde, war in der Tat eine bemerkenswerte Abweichung (Polanyi 1944: 106).“

Im Zusammenhang mit Menschenrechten ist die einzelne Person, die diese Rechte allein aufgrund ihres Menschseins innehat, deren Trägerin und Träger. Hierbei ist die Betonung des Individuums im Menschenrechtskonzept stark mit der Individualisierung durch selbstregulierende Märkte und der Entstehung moderner Gesellschaften, indem die einzelne Person aus der Gemeinschaftsbindung im Feudalismus herausgelöst wurde, verknüpft (vgl. Hamm 2003: 28).

Drei Generationen von Menschenrechten

Durch die unterschiedlichen Interessen und Schwerpunktsetzungen der westlichen Industrieländer, Ostblock-Staaten und der Entwicklungsländer, kam es zu konträren Positionen im internationalen Menschenrechtsverständnis. Dies führte dazu, zwischen drei Generationen von Menschenrechten, die gleichberechtigt behandelt werden sollen, zu unterscheiden: die erste Generation bilden die klassischen Menschenrechte mit politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten; als zweite gelten die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (WSK) Menschenrechte und die dritte Generation sind sogenannte Solidarrechte, zu denen insbesondere das Recht auf Entwicklung, aber auch die Rechte auf Frieden und eine gesunde Umwelt zählen. Die Einteilung in diese Generationen bedeutet lediglich eine Gruppierung – die Interdependenz und Unteilbarkeit der Menschenrechte wurde bereits durch den Ansatz in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert. Weiters ergaben sich im Rahmen der Zweiten Weltmenschrechts-

konferenz der Vereinten Nationen 1993 in Wien eine Aufwertung der WSK-Rechte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und eine Anerkennung des Rechts auf Entwicklung als individuelles Menschenrecht (vgl. Hamm 2003: 39). Die Menschenrechte basieren somit auf einem universalen Grundkonsens, der heute mehr denn je hinterfragt wird.

Herausgelöst aus feudalen Verhältnissen ist das Individuum in der modernen Gesellschaft sowohl mit Rechten als auch mit Pflichten innerhalb der Menschenrechte konfrontiert. Um die Gefahr einer einseitigen Betonung der individuellen Rechte zu vermeiden, muss konkret auf die Pflichten zu deren ordnungsgemäßer Aufrechterhaltung eingegangen werden (vgl. Hamm 2003: 32).

Verletzung und Schutz

Die WSK-Rechte sind dabei am anfälligsten für Menschenrechtsverletzungen. Fragen sozialer Gerechtigkeit, der Solidarität und jene der Verteilungsgerechtigkeit sind intrinsisch mit deren Schutz verbunden. Sie beinhalten, unter anderem, das Recht auf Nahrung und Arbeit, Schutz vor Armut, adäquaten Lebensstandard, adäquate Gesundheitsversorgung, Bildung und kulturelle Teilnahme. All diese Rechte sind in den Menschenrechtserklärungen verankert und die Legitimation ihres internationalen Schutzes wird akzeptiert – dennoch werden sie maßgeblich verletzt beziehungsweise rückgebaut. Die Realisierung der WSK-Rechte an einem Ort bedeutet oftmals gleichzeitig eine unvorteilhafte Veränderung der Lebensweise und Umwelt an einem anderen. Es fehlt an Beobachtungs- und Durchsetzungsmechanismen und eine große Herausforderung dabei ist, dass sich die Ökonomie von der staatlichen Kontrolle löst und dem Finanzmarkt

unterordnet (vgl. Human Rights Talk 2015). Manfred Nowak, Menschenrechtsexperte des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte in Wien, meint dazu:

„[...] aber schieben denn hier nicht eigentlich die Menschenrechte dieser Form der Deregulierung, Privatisierung, Minimierung des Staates zugunsten der transnationalen Konzerne irgendwo einen Riegel vor, ist das denn nicht menschenrechtswidrig (Human Rights Talk 2015):“

Was, unter anderem, dabei angesprochen wird ist, dass es durch die "ökonomische Globalisierung" zu einer Absenkung von Sozialstandards kommt oder dass die zunehmende Flexibilisierung gewerkschaftliche Rechte bedroht. Gerade in Ländern des Südens zeigt sich, dass die Regierungen mit vorteilhaften Investitionsbedingungen in Freihandels- und Sonderwirtschaftszonen bei multinationalen Konzernen werben. Hier liegen die Löhne oftmals unter dem Existenzminimum und es fehlt an Mindeststandards und Gesundheitsvorsorge (vgl. Hamm 2003: 44f). Viele Vorgangsweisen sind somit in der Tat menschenrechtswidrig und wenn es um den Schutz der Menschenrechte geht, erfährt der Beitrag der Zivilgesellschaft eine breite Zustimmung während die Rolle der Privatwirtschaft auf Zurückhaltung stößt (vgl. Hamm 2003: 121).

Die Funktion des Staates im Sinne seiner Hauptverantwortung ist insofern umstritten, als er schwer in der Lage ist, die wirtschaftliche Entwicklung zu steuern, beziehungsweise wenn er es versucht, dann unter kapitalistischen Bedingungen auf Ausbeutung von Mensch und Natur. Es kommt die Frage auf, ob der Staat denn die gesellschaftlichen Voraussetzungen schaffen kann, die ihm den nötigen Handlungsspielraum gewährleisten (vgl. Human Rights Talk 2015).

Privatisierungen

Wie Privatisierungen Menschenrechte konkret verletzen können, zeigt sich zum Beispiel an privatisierten Gefängnissen in den USA. „Die USA sind das Land mit der höchsten Anzahl, ca. 700 Häftlinge pro 100.000 Einwohner, in Europa haben wir ungefähr ein Siebtel im Durchschnitt (Human Rights Talk 2015).“ Dies führt dazu, dass immer mehr Gefängnisse gebaut und verwaltet werden müssen, wobei beide Verantwortungsbereiche, samt Kosten, ausgelagert (Correc-

tions Cooperation of America) werden. Eine entsprechende Auslastung der Gefängnisse wird immer wichtiger, wodurch auch die Anzahl an Häftlingen angestiegen ist, und die Dauer der Inhaftierung gewinnt ebenso an Bedeutung. Je ausgelasteter sie sind, umso mehr Geld bringen die Gefängnisse ein. Diese Vorgangsweise erschwert allerdings eine mögliche und schnelle Resozialisierung der Menschen erheblich und wirft die Fragen auf, ob Menschenrechte nicht eine Barriere für solche Maßnahmen darstellen und es nicht eigentlich eine staatliche Kernaufgabe ist (vgl. Human Rights Talk 2015).

Das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärsversorgung steht heute ebenso in einem gesellschaftlichen Diskurs. Dabei ist unzureichende Trinkwasserversorgung weniger ein praktisches Problem, sondern mehr ein politisches, beziehungsweise eines der Definition öffentlicher Güter. Während es für viele eindeutig ist, dass Wasser eine notwendige Grundlage des Lebens darstellt und durch nichts zu ersetzen ist, wodurch es als Menschenrecht anerkannt werden muss, scheitert es auf der anderen Seite. Der Privatisierungsdruck, der sich aus dem heutigen Paradigma ergibt, hat auch die Bereitstellung öffentlicher Güter eingeholt. Dadurch werden Subventionen abgebaut und Regulierungen nach ökologischen oder sozialen Kriterien sehr erschwert (vgl. Zeitschrift für Menschenrechte 2009: 184f).

„So wurde argumentiert, dass Wasser eine zunehmend knappe Ressource sei, die einen Preis haben müsse, der die ökonomischen und ökologischen Bereitstellungskosten angemessen widerspiegele. Am besten und effizientesten könne diese Ressource durch private Unternehmen verwaltet werden, da Kunden und Aktien-Shareholder eine bessere Transparenz und Rechenschaftslegung garantieren als die Kontrolle durch politische Repräsentanten in öffentlichen Unternehmen (vgl. Wimpenny 1994; Rogers et al. 2002 zit. nach Spiller/Zeitschrift für Menschenrechte 2009: 186).“

Profit über Wohlergehen

Es wird deutlich, dass, wenn es um wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen geht, die internationale Ebene immer mehr an Bedeutung gewinnt. Sobald sich Regierungen zu Demokratie und Menschenrechten be-

kennen, sind sie insbesondere für jene, die sich am Rande der Gesellschaft befinden, verantwortlich. Immerhin sind es oft Strukturprobleme der jeweiligen Länder, die Menschenrechtsverletzungen zulassen, und diese müssen als solche erkannt werden. Bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen, wie zum Beispiel Nahrung, Kleidung oder Wohnen, geht es nicht nur um die Frage von Ethik und Moral, sondern um Gesetz und Recht – insbesondere wenn die WSK-Rechte ratifiziert wurden. Heute wird jedoch diversen Handels- und Investitionsabkommen oftmals eine höhere Priorität als völkerrechtlichen Verpflichtungen eingeräumt (vgl. Gruber et al. 2009: 237f). Davon ist auch die Pharmaindustrie nicht ausgeschlossen, wovon der anfangs erwähnte Dokumentarfilm mit dem Titel *Fire in the blood* handelt. Er zeigt wie Regierungen und große Pharmakonzerne den Zugang zu leistbaren AIDS-Medikamenten in afrikanischen Ländern und Ländern des globalen Südens blockieren und damit sehr viele Menschenleben opfern, um Profite zu generieren (vgl. *Fire in the blood* 2015). Es ist eine erschreckende Tatsache, die nicht davon abhalten darf, den Wert der Menschenrechte in der heutigen Zeit neu zu erforschen, zu bemessen und vorne anzustellen.

Gordana Maric hat Volkswirtschaftslehre an der WU studiert

Literaturverzeichnis:

- Fire in the blood* (2015): <http://fireintheblood.com/> (letzter Zugriff: 29. 7. 2015).
- Hamm, Brigitte (2003): *Menschenrechte. Ein Grundlagenbuch*, Opladen: Verlag Leske + Budrich.
- Human Rights Talk (2015): *Universale Menschenrechte und globaler Kapitalismus – David gegen Goliath?*: <https://www.youtube.com/watch?v=FOY1bqHbORQ> (letzter Zugriff: 29. 7. 2015).
- Klaffenböck, Gertrude (2009): *Globale Nahrungsmittelkrise. Ist eine Welt frei von Hunger zur Illusion geworden?*, in: Gruber, Petra C. (Hrsg.): *Die Zukunft der Landwirtschaft ist biologisch! Welthunger, Agrarpolitik und Menschenrechte*, Verlag Barbara Budrich, 237–246.
- Polanyi, Karl (1944): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- Spiller, Ingrid (2009): *Das Menschenrecht auf Wasser*, in: Debus, Tessa/Kreide, Regina/Krennerich, Michael (Hrsg.): *Zeitschrift für Menschenrechte. Menschenrechte und Wirtschaft*, Wochenschau Verlag, 184–196.

EU and UK – A complicated relationship that will end in a divorce

The result of the British vote over remaining in or leaving the European Union was a surprise and a shock to the world. It did not come out of the blue, though, since the relationship between the EU and the UK has already been difficult over a longer period. Whether a „Brexit“ marks a better alternative seems unlikely. by **Martin Hulenyi**

In June this year, David Cameron suffered a defeat as the citizens of the United Kingdom (UK) decided to leave the European Union (EU). His successor in the Conservative Party and at Downing Street, Theresa May, respects the will of the voters and leads the country to an exit from the EU, so-called “Brexit”.

Let us briefly look at the history of the UK membership in the EU, before discussing the possible consequences of the „Brexit“. The idea of economic integration of Europe gained momentum after the Second World War with the purpose of rebuilding Europe and preventing a future large conflict. It was motivated by the lack of cooperation after the First World War, which was one of the causes of the Second World War. From the beginning it was discussed to what degree Europe should integrate and how it should be governed. The “maximalist” view that envisioned a federalization resulting in the “United States of Europe” was opposed by the “minimalist” view that desired only a loose union between the member states based mainly on preferential trade agreements between the member states. Concerning the form of governance, it was discussed if the EU should be based on supranationalism or intergovernmentalism. The former refers to the possibility of having European institutions, the power of which supersedes the power of their national equivalents, whereas the latter relates to the cooperation between national governments (Staab (2011)).

From the beginning the UK preferred minimalism over maximalism and intergovernmentalism over supranationalism (Staab (2011)). As the founding document of the European Economic Community (EEC), the Treaty of Rome, envisioned a common market and an economic and monetary union between its member states, it is not surprising that the UK left the negotiations. Instead, it opted for a looser form of cooperation with six other non-EEC states (Austria, Denmark, Norway, Portugal, Sweden and Switzerland). These countries established the European Free Trade Association (EFTA) in 1960, which was only a free trade area based on intergovernmentalism. Due to spatial dispersion of the EFTA countries, different levels of development and strong ties with the EEC, the member states “were regarded as being not-yet-in-the-EEC” (Jovanovic (2006), p. 15). In fact, only a year after the foundation of EFTA, the UK applied for a membership in the EEC. The reason was the slow growth of the UK economy in comparison to the ones of the EEC member states. However, in 1963 France, led by President Charles de Gaulle, vetoed twice the UK application. This situation repeated itself in 1967. Although Mr. de Gaulle noted that the UK economy was too weak for the EEC and that the UK “was, in fact, merely an ‘American Trojan horse’, meaning that Britain would simply act as a champion of U.S. government policy” (Staab 2011, p.11), the reason for the two vetoes was a political one. Jovanovic (2006) notes that the negative stance of France under Mr. de Gaulle towards the possible UK accession was mainly based on the fact that at that time, France dictated the political action within the community.¹ If the UK was to join the EU, then the monopolistic

position of France was at an end. This hurdle was removed in 1969 as Mr. de Gaulle resigned after a negative result of a referendum on his reform plans and his successor, Georges Pompidou, had a friendlier attitude towards the UK. Subsequently, the UK along with Denmark and Ireland were part of the first EU enlargement in 1973. However, the acceptance of the accession in the UK, and in Denmark as well, was based on the “false assumption that the EC business was all about economics and not about politics” (Jovanovic (2006), p.20).²

Although the UK was after the accession the second poorest member state (after Ireland) in the European Communities (EC), it found itself in the position of a net contributor to the EC budget. This means that the payments of the UK to the EC budget were higher than the revenue the UK received from the budget. Hence, the labor party went into the 1974 elections with a promise to renegotiate the UK position in the EEC and subsequently hold a referendum concerning a possible exit of the country from the EEC. The labor party fulfilled its promise after winning the elections. The subsequent negotiations created the European Regional Development Fund (ERDF), the aim of which is to establish convergence between the EU regions (Jovanovic (2006)). Yet, Murlon-Druol (2015) states that the ERDF was established also thanks to the pressure from Italy and Ireland, two other countries that would benefit from such a policy. Beside that the UK negotiations were not that successful. That did not prevent the prime minister at that time, Harold Wilson from the Labor Party, to portray the negotiations as a success and the voters to subsequently oppose the exit from the EU (2/3). Even though there was a sign of relief throughout the EEC after the UK opted for staying in the community, the referendum undermined the trust between the UK and the other member states.

Since then the UK has achieved an exception called the “British Rebate” that reduced its contributions to the EC budget. Afterwards the UK succeeded in gaining opt-outs from further EU integration, including the European Monetary Union and the Schengen Area. Even that did not prevent a new referendum that, unlike the one in 1974, resulted in the first exit of a member state from the EU.

What will “Brexit” mean for the UK and the EU? There are three possibilities of how the relationship between the UK and the EU might look like. In 1994 the EFTA member states reached an agreement with the EU extending the bilateral preferential trade agreements (PTAs) with the EU member states to the level of a common market, establishing the European Economic Area (EEA). This is what the first case, the status of Norway, refers to. In practice it would mean that the UK would still enjoy the advantages of the single market without making any obligations of further economic integration with other countries. Yet, it would have to implement any new EU law for the single market without having a say in the decision-making process. Furthermore, Norway has to contribute to the development of economically and

socially lagging regions by an amount equal to around 83% of the UK contributions to the EU budget in per capita terms. Switzerland, the second possibility for EU-UK relations, signed bilateral single market agreements with the EU in selected areas. What is important to the UK, Switzerland has no access to the EU market in services and Swiss firms cannot have the single passport that enables the establishment of branches in the EU. Switzerland also has to contribute to the development of relatively poorer EU regions by an amount equal to around 41% of the UK contributions to the EU budget in per capita terms. Opting for this case would prevent the UK from being forced to implement all EU legislation, but it would restrict its access to the EU market. The third possibility is a standard relationship between two WTO members. This would introduce tariffs subject to the most favored nation principle between the EU and the UK. In all three options the PTAs between the UK, as a member of the EU, and the third countries will not be valid anymore (CER(2014)).

Table 1 provides an overview of the estimated effects for the GDP of UK resulting from Brexit. The conducted analyses estimate the development of the UK economy until 2030 based on the assumption that the UK would exit the EU either in 2017 or 2018. It shows that UK prospects are pretty dim. Booth et al. (2015) expect the most optimistic range between -0.6% and -0.8% changes in the UK GDP if it were to exit from the EU and choose the Switzerland option. On the contrary, Treasury (2016) predict a -3.8% contraction even if the UK was to remain in the EEA just like Norway.

OECD (2016) divide the EU member states into three categories of exposure to the Brexit on the basis of three factors: the imports of goods and financial services to the UK as well as frequency of searching for the term Brexit on Google. According to this analysis, Ireland, Luxembourg and the Netherlands fall into the most vulnerable category. Austria, along with Germany and most of the Western European countries finds itself in the second category, while the least exposed member states comprise mainly the Central and Eastern European countries.

Aichele and Felbermayr (2015) calculated the effects for the EU, which would be a loss of 0.1% or a loss of 0.4% by 2030 corresponding to the membership of the UK in the EEA or to a PTA with the EU respectively. The effects for the member states would partially correspond to the exposure estimates of OECD (2016) as Ireland would be hit the most as its loss would be 0.8% of GDP in the first case or 2.8% of GDP by 2030 in the second case. Germany would be near the average with -0.08% in the case of a Norway scenario and -0.21% to -0.34% in the Swiss scenario, while Austria would be among the least affected member states with -0.05% and -0.12% to -0.18% in the Norwegian and Swiss scenario respectively. Additionally to the

loss in trade, the other member states would have to compensate for the loss of payments to the EU budget by the UK, increasing their annual expenditures.

Hence, independent of the resulting deal between the EU and UK it is very likely that the Mr. Cameron's gamble to solve domestic and internal party issues by proposing a referendum on Brexit will result in a difficult period for the UK.

	Norway scenario	Switzerland scenario	WTO scenario
Booth et al. (2015)		-0.6% to -0.8%	2.2%
Aichele and Felbermayr (2015)	-0.6%		-1.5% to -2.8%
Dhingra et al. (2016)	-1.3%		-2.6%
PWC (2016)		-1.2%	-3.5%
Ebell and Warren (2016)	-1.5% to -2.1%	-1.9% to -2.3%	-2.7% to -3.7%
Treasury (2016)	-3.8%	-6.2%	-7.5%

Table 1: Predictions of the effect of Brexit on the UK in 2030.

Martin Hulenyi hat seinen VWL-Master an der WU abgeschlossen und beginnt mittlerweile sein Doktorat an der WU

Footnotes:

¹ The best demonstration of the monopoly power is the empty chairs crisis in 1965. As a protest to the proposition of the EEC commission to introduce majority voting in the Council of Ministers, Mr. de Gaulle recalled all Ministers from Brussels paralyzing the EEC. Mr. de Gaulle with this move enforced a compromise that would introduce majority voting only if the matter was of no importance to any member state, which was practically a seldom scenario (Staab (2011)).

² Hence, the subsequent disillusionment in those two countries motivated the later opt-outs from new legislation.

References:

- Aichele, R. and Felbermayr, G. (2015). Kosten und Nutzen eines Austritts des vereinigten Königreichs aus der europäischen Union. April, Munich
- Booth, S., Howarth, C., Persson, M., Ruparel, R., and Swidlicki, P. (2015). What if...? The Consequences, challenges & opportunities facing Britain outside EU. Open Europe Report 03/2015.
- CER (2014). The economic consequences of leaving the EU - The final report of the CER commission report of the CER commission on the UK and the EU single market. Centre for European Reform (CER).
- Dhingra, S., Huang, H., Ottaviano, G., Pessoa, J. P., Sampson, T., and Van Reenen, J. (2016). The costs and benefits of leaving the EU: Trade effects.
- Ebell, M. and Warren, J. (2016). The long-term economic impact of leaving the EU. National Institute Economic Review, 236(1):121-138.
- Jovanovic, M. N. (2013). The Economics of European Integration. Edward Elgar Publishing.
- Mourlon-Druol, E. (2015). The UK's EU Vote: The 1975 Precedent and Today's Negotiations.
- OECD (2016a). OECD Economic Outlook. OECD Publishing, Paris, 2016.
- PWC (2016). Leaving the EU: Implications for the UK economy.
- Staab, A. (2011). The European Union Explained: Institutions, Actors, Global Impact. Indiana University Press.
- Treasury, H. (2016). HM treasury analysis: the long-term economic impact of EU membership and the alternatives. London, UK: HM Treasury.

„Viel lesen und sich bei Twitter anmelden“

Der Wirtschaftsjournalist und studierte Volkswirt Andreas Sator gibt uns Einblick in seinen beruflichen Werdegang und Erfahrungen an der WU sowie Tipps für jene, die sich ebenfalls für einen Beruf im Journalismus interessieren.

Das Interview führte **Bogdan Mihajlovic**

Was wolltest du werden, als du noch ein Kind warst?

Als Kind wollte ich ursprünglich Anwalt werden. Dies war jedoch nicht wirklich eine klar durchdachte Idee. Ich empfand die Anwälte, wie sie im Fernsehen dargestellt wurden, als cool und wollte auch so sein. Dieser Wunsch wurde jedoch schon relativ früh von der Idee, in den Journalismus zu gehen, verdrängt. Mein Großvater wünscht sich immer noch, dass ich es mir anders überlege, trotzdem freut er sich sehr, wenn der Name des Enkels in der Zeitung zu finden ist.

Was lockte dich auf die Wirtschaftsuniversität und ins Volkswirtschaftsstudium?

Mich zog es nach Wien. Es war relativ klar, dass es ein sozialwissenschaftliches Studium sein musste, da niemand in meinem präadoleszenten Umfeld aus dieser Sparte kam, und ich mich daher davon angezogen fühlte. Nachdem ich kurz in Internationale Entwicklung und Politikwissenschaften geschnuppert hatte, wurde mir schnell bewusst, dass Volkswirtschaft das war was mich wirklich interessierte. Ich ging auf die WU, weil ich mir dort einen interessanten kulturellen wie auch intellektuellen Dialog erhoffte.

Wie hast du damals die Eingangsphase empfunden?

Es war die Hölle! Das ganze Jahr empfand ich als komplette Zeitverschwendung! Gelernt habe ich nicht wirklich etwas, da das System lediglich stupides Auswendiglernen forderte, ohne jedoch das Verständnis zu fördern.



Andreas Sator

Der 1990 geborene Andreas Sator maturierte 2009 auf der HAK in Steyr, wo er auch den Journalismus für sich entdeckte. Nach dem geleisteten Zivildienst beim Roten Kreuz in 2010 wandte er sich dem Volkswirtschaftsstudium auf der Wirtschaftsuniversität Wien zu, wo er seinen Bachelor of Science erhielt. In dieser Zeit beteiligte er sich unter anderem bei den Standpunkten um anschließend, seit 2013, Wirtschaftsartikel für der Standard zu verfassen.

Welche Fächer bleiben dir da besonders im Gedächtnis?

Beschaffung, Logistik und Produktion war beispielsweise eines dieser Fächer, in dem wir lernten, Produktionsprozesse für bestimmte Firmen vorzuschlagen, ohne jedoch jemals darüber gelernt zu haben, wie ein Unternehmen wirklich funktioniert. Außerdem lastete damals noch der Druck der Top-League auf mir, auch bei solchen Prüfungen gute Noten zu schreiben.

War die Top-League nicht eine große Hilfe, besonders in der Eingangsphase?

Zunächst ja, da man viele Leute kennenlernt. Ein wirklicher Austausch findet jedoch nicht statt. Die Betreuung war zwar oft von Vorteil, sollte jedoch eigentlich allen Studierenden zustehen. Am Ende überwog der Leistungsdruck und ich verließ die Top-League.

Änderte sich dann etwas im zweiten Abschnitt?

Der zweite Abschnitt war schon eine große Veränderung. Speziell die VWL-Community war doch eine sehr positive. Man fühlte sich unter Gleichgesinnten, die doch mehr daran interessiert waren Sachen kritisch zu hinterfragen und wirklich zu verstehen, anstatt nur gute No-

ten zu schreiben. Die Fächer waren natürlich auch mehr von meinem Interesse, was jedoch auch von den Lehrenden abhing. Ich erinnere mich leider an Vorlesungen, in denen uns ein Marx auf eine A4-Seite zusammengekürzt präsentiert wurde. Das war mir viel zu wenig.

Es gibt jedoch auch ein Zusatzangebot von der Studienvertretung, wie etwa den Marx-Lesekreis oder den Polanyi-Lesekreis. Hast du diese Angebote auch genutzt?

Ja, diese sind sehr lobend hervorzuheben, jedoch viel zu selten. In den USA hatte ich Kurse, in denen man teilweise 100 Seiten jede Woche lesen musste, und die dann in einer Runde von 15 Leuten diskutiert wurden. Das klingt zwar nach viel Arbeit, fällt jedoch leicht, wenn man sich dafür interessiert. Das Curriculum für VWL sollte meiner Meinung nach viel mehr in diese Richtung ausgelegt werden.

Was hast du am meisten aus deinem Studium mitgenommen, das für deinen Berufsalltag von Bedeutung ist?

Beim wissenschaftlichen Arbeiten wird eine spezielle Art, an Probleme heranzutreten, gelehrt. Die meisten Leute schließen von wenigen Beobachtungen gleich auf eine Grundgesamtheit. Was mir die Universität jedenfalls vermittelt hat, war die Dinge mit einer gewissen Distanz und Neutralität in ihren Grundzügen zu betrachten. Besonders Ökonomen und Ökonominen haben eine spezifische Art zu denken. Ein normaler Mensch würde ein Land nicht gleich als die Summe aller seiner Produkte und Dienstleistungen betrachten. Adoptiert man erst einmal diese Methodologie, eröffnen sich einem ganz neue Möglichkeiten an Dinge heranzutreten. Die ist für meinen Job von großer Bedeutung.

Was ist deiner Meinung die größte Schwierigkeit, mit der Studierende der VWL zu ringen haben?

Grundsätzlich liegt die Schwierigkeit darin, die Balance zwischen Bildung und Ausbildung zu finden. Natürlich gibt es nicht für alle einen Platz in der Forschung. Es zieht ja auch nicht alle Studierende in diese Richtung. Wichtig ist es die Bereiche, die einem besser liegen, für sich zu entdecken und sich in diese zu vertiefen. Niemand ist im Stande alles zu wissen. Wenn wir beispielsweise die Politik betrachten, sind dort Ökonominen und Ökonomen zumeist in beratender Funktion für ganz spezielle Fragen anzutreffen, welche ihre Spezialgebiete repräsentieren. Realisiert man das erst einmal, ermöglicht dies viel differenzierter an das Studium heranzutreten.

Was kannst du Studierenden mitgeben, die sich gerne in den Wirtschaftsjournalismus begeben würden?

Viel lesen und sich bei Twitter anmelden. Zu Schulzeiten war es Twitter, welches mich der Welt des Journalismus näher brachte. Es ist ein tolles Medium, das Einblick in das Schaffen verschiedenster Journalistinnen und Journalisten bietet. Es ermöglicht einem auch, diese direkt anzusprechen und sich an aktuellen Diskussionen zu beteiligen. Dabei kann man sehr viel lernen.

Außerdem ist es ganz wichtig sich für so viele Praktika wie möglich zu bewerben. Nur dort kann man die nötige Erfahrung sammeln. Ich habe damals erst beim vierten Mal eine Zusage vom Standard erhalten.

Bogdan Mihajlovic ist VWL-Absolvent der WU

New Ways to look at Reality

Mit Branko Milanovic versucht eine der großen Koryphäen auf dem Gebiet der Ungleichheitsforschung in seinem neuesten Buch "Global Inequality" langfristige Trends globaler Ungleichheit aus neuen Perspektiven zu betrachten. Mit dem Anspruch, eine möglichst umfassende Theorie bieten zu können, beleuchtet Milanovic die Thematik aus vielfältigen Blickwinkeln und offeriert dabei ein so ausgeklügeltes Netzwerk von Ideen, dass man durchaus annehmen kann, dass "Global Inequality" sich in die Reihe der großen Bücher zur Thematik, von Kuznets bis Piketty, einreihen wird. Rezension von **Gregor Zens**

Ausgangspunkt ist das Hochzeitalter der Globalisierung. In klassischer Manier empirielastiger ÖkonomInnen, zu denen Milanovic zweifellos zu zählen ist, werden drei Kernpunkte herausgearbeitet: Die großen GewinnerInnen der Globalisierung sind Mitglieder der asiatischen Mittelschicht, die große Verliererin ist die Mittelschicht der "alten Reichen" (OECD-Staaten). Die Reichsten der Reichen werden indes weiterhin reicher und reicher. Diese Erkenntnisse mögen für KennerInnen weder besonders aufsehenerregend, noch sonderlich innovativ scheinen, allerdings vermag Milanovic als Spezialist auf dem Gebiet der Datenarbeit seine Ergebnisse so scharf umrissen und in so klarer, analytischer Sprache wiederzugeben, dass der Einstieg in das Buch durchaus kurzweilig ausfällt.

Weitaus spannender wird es allerdings in weiterer Folge, wenn der Autor sich mit Einkommensungleichheit innerhalb von Ländern zu befassen beginnt und dazu eine imaginäre Reise durch die Wirtschaftsgeschichte startet. Äußerst interessante Exkurse ins alte Rom oder in die Sowjetunion führen schließlich hin zu einer Schlussfolgerung, die keineswegs auf rein ökonomische Tatsachen zurückgeführt wird. Milanovic bedient sich argumentativ im Pool der Geschichts- und Politikwissenschaft und wagt sogar Ausflüge in philosophische Gefilde. In diesem Zuge wird auch mit Kritik an philosophischer Rechtfertigung von Ungleichheit nicht gespart; ein John Rawls wird quasi "im Vorbeigehen" auseinandergenommen. Die Verbindung von vielfältigen, aber einfach gehaltenen Argumentationsketten und reichhaltigem, historischem Datenmaterial führt ihn schließlich weg von der hinlänglich bekannten (empirisch unzulänglichen) Kuznets-Kurve als Konzept zur Erklärung von Veränderungen von Ungleichheit innerhalb von Staaten. Er entwickelt ein Konzept, das er als "Kuznets-Wellen" bezeichnet; gemeint ist damit ein wiederkehrender Anstieg und Abfall der Einkommensungleichheit innerhalb von Ländern im Wandel der Zeit.

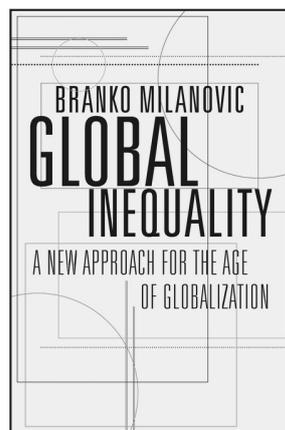
Milanovic befasst sich allerdings – wie der Titel seines Buches vermuten lässt – nicht nur mit Ungleichheit innerhalb von Ländern, sondern vor allem auch zwischen Ländern bzw. auf globaler Ebene. Er skizziert – empirisch hochinteressant – wie wir uns als globale Gesellschaft zurückbewegen in eine Zeit, in der globale "Inequality of Opportunity" wieder weniger vom Land determiniert sein wird, in dem man aufwächst, und wieder mehr damit zu tun haben wird, in welche soziale Schicht man hineingeboren wird. Anders gesagt sinkt momentan zum Beispiel die "citizenship rent" einer gebürtigen Norwegerin im Vergleich zu einer gebürtigen Libanesin, dafür entfernen sich einkommensreiche und einkommensarme Schichten innerhalb der Länder mehr und mehr. In diesem Zusammenhang widmet er einen größeren Teil des Buches der globalen Migration. Untypisch für ÖkonomInnen spart Milanovic hier nicht mit expliziten Policy-Empfehlungen und spricht sich u.a. gegen geschlossene Grenzen aus.

Gegen Ende des Buches versucht sich der Autor an Zukunftsprognosen, die zugegebenermaßen relativ düster ausfallen. Der Unter-

gang der westlichen Mittelschicht – beziehungsweise ihrer ökonomischen und politischen Macht – wird ebenso prophezeit wie das Zerbrechen des Sozialstaates. Nichtsdestotrotz wirkt die sachliche, logisch nachvollziehbare Aufarbeitung der Ausgangssituation – also aktueller politischer und ökonomischer Problematiken – sehr wohltuend in Zeiten, in denen man sich auf globaler Ebene mit einem schier unüberschaubar gewordenen Netzwerk an Problemstellungen konfrontiert sieht.

Es fällt auf, dass Milanovic sich mit seiner innovativen Arbeit auch auf Pfade begibt, die abseits der gewohnten, ökonomischen Wege liegen. Der Einbezug von politischen, sozialen und historischen Elementen ist allerdings keinesfalls zu verwechseln mit dem Drang zur "Ökonomisierung" sämtlicher gesellschaftlicher Sphären, vielmehr handelt es sich um den vorsichtigen und zaghaften Entwurf einer zukunftsgerichteten, interdisziplinären Herangehensweise an globale Problematiken von enormer Wichtigkeit.

Mit einer Mischung aus altem und neuem Instrumentarium versucht sich "Global Inequality" an einer Umformulierung bekannter Fragestellungen, die zu neuen Perspektiven zwingt. Milanovic lädt damit ein, neue Wege zu beschreiten, deren Entdeckung ohne Frage notwendig sein wird, sollte Ungleichheit weiterhin im Fokus der Ökonomie bleiben – und das wird sie, wenn man der Prognose des Autors Glauben schenken darf.



Gregor Zens studiert Volkswirtschaftslehre an der WU

Branko Milanovic | Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization | Harvard University Press | 320 S. | 27,99 Euro

Einführendes zum Ordoliberalismus

Inmitten des Spannungsverhältnisses zwischen reiner Marktwirtschaft und staatlicher Planung entsprang in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland mit dem Ordoliberalismus eine Schule, die sich selbst als dritte Alternative begriff.

von **Daniel Haunschmidt**

Der Ordoliberalismus – auch als „Freiburger Schule“ bekannt – ist eine volkswirtschaftliche Theorieströmung, die ihren Ursprung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat. Der Ordoliberalismus sieht zwar den „Markt als überlegene Organisationsform“ (IV.12 Prinzipien des Ordoliberalismus:421) an, bekennt sich aber auch zu einer starken Rolle des Staates. So soll durch ihn „mit Hilfe der Gestaltung der rechtlich-organisatorischen Randbedingungen ein Rahmen geschaffen werden, um funktionsfähige Märkte zu gewährleisten“ (ebd.:421). Besondere Bedeutung gewann dieses Wirtschaftsmodell im Anschluss an den 2. Weltkrieg, als in Deutschland unter dem Bundesminister für Wirtschaft und späteren Bundeskanzler Ludwig Erhard wesentliche Grundsätze des Ordoliberalismus in der Realpolitik ihre Anwendung fanden.

Zu den Vertretern und Vertreterinnen des Ordoliberalismus zählen neben dem Hauptvertreter Walter Eucken (1891-1950) auch Leonhard Miksch (1901-1950), Hans Großmann-Doerth (1894-1944), Franz Böhm (1895-1977), Wilhelm Röpke (1899-1966) sowie Alexander Rüstow (1885-1963). Interessant ist, dass sie sowohl große Gemeinsamkeiten, als auch Unterschiede aufweisen, es sich also um eine heterogene Gruppe handelt, weniger was die Herkunft angeht – sie kamen allesamt aus eher wohlhabendem Hause – sondern mehr was die politische Orientierung, Ausbildung und das Verhältnis zum Nationalsozialismus betrifft. Während etwa Miksch kurz Mitglied der NSDAP war (um sich bald zum Linkliberalen zu wandeln und nach dem 2. Weltkrieg in der SPD aktiv zu sein), kritisierte etwa Röpke 1933 öffentlich die Machtübernahme durch Hitler und emigrierte (wie Rüstow) anschließend in die Türkei. Böhm trat gegen die Judenverfolgung auf, was dazu führte, dass er keine Lehrerlaubnis an Universitäten erhielt, blieb aber über den 2. Weltkrieg hinweg in Deutschland, ebenso wie Eucken. Studiert hatten alle wirtschaftswissenschaftliche Studien, meist Nationalökonomie (außer Böhm – dieser studierte Rechtswissenschaften, arbeitete später aber im Reichswirtschaftsministerium), jedoch auch Geschichte, Soziologie (Rüstow), sowie Staats- und Rechtswissenschaften (vgl. Telematik:4ff). Diese breite thematische Aufstellung bildet den Untergrund für das Theoriegebäude des Ordoliberalismus.

Dem Kommunismus können die Vertreterinnen und Vertreter des Ordoliberalismus nichts abgewinnen, so berichtet Röpke über „das Bild, das er [gemeint ist André Gide, ein französischer Schriftsteller] uns vom Grauen des kommunistischen Totalstaates entwirft, vom Terror, von der kulturmordenden Gleichstellung des Lebens, von der Servilität, der Lüge der Propaganda, vom Elend und dem ganzen Rest – das ist alles weder neu noch überraschend, sondern nur eine erschütternde Bestätigung alles dessen, was man erwarten muß, wenn man das Wesen des modernen neuen Staates verstanden hat und vom allzu eindringlichen Anschauungsunterricht der Geschichte zu profitieren weiß“ (Röpke 2009:75). Differenzierter ist hingegen die Einstellung zum Sozialismus: Er wird zum einen harter Kritik ausgesetzt, besonders wenn es sich bei diesem aus der Sicht der Ordoliberalen um einen „radikalen Sozialismus, der den Kapitalismus durch eine alles umfassende Planwirtschaft, den Markt durch die Behörde ersetzen will“ (ebd.:79), handelt, andererseits steht man einem „praktisch-

politischen Sozialismus, der im Grunde auf eine mehr oder weniger radikale Sozialreform hinausläuft“ (ebd.:79) nicht gar so ablehnend gegenüber, sondern betrachtet ihn als jemanden, „über dessen Vorschläge von Fall zu Fall zu reden ist“ (ebd.:80).

Im Gegensatz dazu steht die Marktwirtschaft, in der eine Demokratie der Konsumentinnen und Konsumenten herrscht, welche durch ihr Kaufverhalten bestimmen, welche Güter angeboten werden. Weiters wird durchaus eingestanden, dass die Stimmen, also das Kapital, ungleich verteilt ist, der Umstand der Ungleichheit wird jedoch als korrigierbar betrachtet (vgl. ebd.:80). Auch an den Klassikern wird Kritik geübt: So soll die Wirtschaft als Einheit gesehen werden, und nicht wie bei J. B. Say in Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion gespalten sein, da dies die Realität nicht widerspiegeln. Als Beispiel führt Eucken einen Arbeiter an, der produziert, Geld verdient und wieder ausgibt, um zu zeigen, wie eng diese Bereiche miteinander verbunden sind (vgl. Eucken 1989:9).

Konzepte der theoretischen Schule und zentrale Forschungsfragen

Walter Eucken, dem Hauptvertreter des Ordoliberalismus, geht es in seinem Schaffen „um die Frage nach der umfassenden geistigen Lebensordnung“ (Goldschmidt 2002:98) wobei er sich sehr stark an seinem Vater, dem Literaturnobelpreisträger Rudolf Eucken, orientiert. Diese „umfassende geistige Lebensordnung“ (ebd.:98) wird unter dem Begriff „Ordo“ subsumiert. Dabei werden im Wesentlichen drei Punkte berührt:

„Ordo“ im Sinne der Ordnung: „Die Ordnung wird gesucht, welche – anders als die gegebenen Ordnungen – der Vernunft oder Natur des Menschen [...] betrifft“ (Eucken 1989:239). Es wird dabei zwischen den Begriffen der konkreten, natürlichen und tatsächlichen „Wirtschaftsordnungen“ und dem menschlichen bzw. politischen Streben nach der „Ordnung der Wirtschaft“ unterschieden. Der erste Begriff beschreibt die Wirtschaft bzw. das Wirtschaftsleben, wie es tatsächlich ist, der zweite Begriff beschreibt einen Zustand, in dem ein funktionsfähiges und menschenwürdiges Wirtschaftssystem geschaffen ist (vgl. ebd.:240).

Ordnung als Garant der Freiheit: Die Freiheit und die Ordnung stehen in einem engen Verhältnis zueinander. So benötigt es eine individuelle Freiheit, damit die Wirtschaftssubjekte im Rahmen einer Wettbewerbsordnung miteinander wirtschaften können. Der Freiheitsbegriff des Ordoliberalismus wird auch maßgeblich von Miksch und Böhm geprägt und ist im Lauf der Zeit Wandlungen unterworfen. Letztendlich ist Freiheit aber die wichtigste Antithese zu Macht und wird laut Eucken von der privaten und staatlichen Macht sowie vom Kollektiv bedroht. Eucken sieht zudem die Existenz von „unabdingbaren Freiheitsrechten des Menschen“ (vgl. Goldschmidt 2002:110ff).

Ordnung und christlicher Glaube: Die „Ordnung“ sollte nach Eucken – selbst evangelischen Glaubens – ein Leben nach ethischen Prinzipien ermöglichen bzw. ist der Glaube Grundlage für eine stabile gesellschaftliche Ordnung. Seinen Niederschlag in der Konzeption des Ordoliberalismus findet der christliche Glaube im sogenannten Glaubensimpuls, in dem in sieben Punkten seine Bedeutung für die Wirtschaftsordnung konkretisiert wird (vgl. ebd.:121ff).

Das Fundament der Theorie bilden ein funktionsfähiges Preissystem und vollständige Konkurrenz, denn „die Kernfrage der modernen Wirtschaftspolitik sollte auch als Kernfrage behandelt werden. Es geschieht, indem die Herstellung eines funktionierenden Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme gemacht wird. Dies ist das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip“ (Eucken 2004:254). Dazu gehört die Vermeidung von staatlichen Subventionen und Zwangsmonopolen, allgemeinen Preisstopps, Einfuhrverboten und Kartellen (vgl. ebd.:255).

Primat der Währungspolitik: Da in einer Wettbewerbsordnung die Preise den Wirtschaftsprozess lenken, ist die Stabilität der Geldwertes unabdingbar. Nebenbedingungen sind eine möglichst automatische Funktion mit dem Ziel, Inflation und Deflation weitestgehend zu vermeiden, da diese ein Hilfsmittel zur Kaschierung von wirtschaftspolitischen Fehlern seien. Propagiert wird das Modell einer Waren-Reserve-Währung, indem ein Bündel bestimmter Waren einen fixen Preis hat, die Preise der einzelnen Waren aber variieren. Sie soll als Ergänzung zur herkömmlichen Geldschöpfung durch Zentral- und Geschäftsbanken dienen (vgl. ebd.:256ff).

Offene Märkte: Es ist die Aufgabe des Staates, für offene Märkte zu sorgen, um Monopole zu verhindern. Beispielsweise werden Schutzzölle abgelehnt und ein weiches, liberaleres Patentrecht gefordert (vgl. ebd.:264ff).

Privateigentum: Da die optimale Kombination von Produktionsfaktoren unter anderem Flexibilität und schnelle Entscheidungen voraussetzt, benötigen Unternehmerinnen und Unternehmer die Verfügungsmacht und Verfügungsfreiheit über ihre Produktionsfaktoren. Wenn allerdings Monopole entstehen, wirkt Privateigentum unsozial (vgl. ebd.:270ff).

Vertragsfreiheit: Sie wird als Voraussetzung für Konkurrenz gesehen. Es besteht aber auch die Gefahr, dass sie zur Bildung von Monopolen benutzt wird. Dies muss von einer staatlichen Monopolkontrolle verhindert werden (vgl. ebd.:275ff).

Haftung: Die Haftung trägt, „wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen und Haushalte verantwortlich ist. Haftungsbeschränkungen sind ... nur dort zulässig, wo ein Kapitalgeber nicht oder nur begrenzt für die Geschäftsführung verantwortlich ist“ (ebd.:281).

Konstanz der Wirtschaftspolitik: Unternehmer und Unternehmerinnen brauchen einen stabilen und vertrauenswürdigen Rahmen, um zu investieren. Außerdem führt eine rasche Änderung der Wirtschaftspolitik zu vermehrter Konzernbildung und in der Folge zu weniger Wettbewerb (vgl. ebd.:285ff).

Umrahmt werden diese Kernfelder von den Themenbereichen Monopolproblem, Einkommenspolitik, Wirtschaftsrechnung und dem anomalen Verhalten des Angebotes sowie der Konjunktur- und Sozialpolitik (vgl. ebd.:291ff).

Praktische Umsetzung

Konkrete Umsetzung in der Realpolitik erfuhr der Ordoliberalismus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland maßgeblich

durch Ludwig Erhard. Erhard ist von der Überlegenheit der Marktwirtschaft über die Planwirtschaft überzeugt, Planwirtschaft bedeutet in seinen Augen Unfreiheit und Misswirtschaft und ist für viele ökonomische Probleme verantwortlich (vgl. Erhard 2009:121ff). Ganz im Sinne des Ordoliberalismus bezeichnet Erhard die „Preisstabilität als oberstes Gebot“ (ebd.:112). Damit gehen realpolitische Forderungen an die Gewerkschaften nach Lohnzurückhaltung einher (vgl. ebd.:24).

Da der Ordoliberalismus von mehreren Menschen geschaffen wurde, gibt es innerhalb der Schule auch einige divergierende Ansätze oder Strömungen. Dazu kommt, dass er sich selbst als „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus sieht, weshalb Kritik von beiden Seiten aus möglich ist und auch geübt wird. So kritisiert der Schweizer Ökonom Peter Ulrich den Ordoliberalismus als „systematisch ungenügende und unzeitgemäße politisch-philosophische Fundierung ihrer ordnungspolitischen Konzeption“ (Ulrich:389). Hierbei zielt Ulrichs Kritik auf den Umstand ab, dass selbst staatliche Eingriffe in Form von ordnungspolitischen Maßnahmen auf die Betroffenen nicht neutral wirken, weshalb Ordnungspolitik immer durch Moral beeinflusst wird. Um also allen Bürgerinnen und Bürgern ein möglichst gleiches Maß an Mitbestimmung zukommen zu lassen, fordert Ulrich „den politikwissenschaftlich kaum bestreitbaren Einfluss der Eigentumsverhältnisse auf die politisch-ökonomischen Kommunikationsverhältnisse bestmöglich zu neutralisieren, also kommunikationsverzerrende oder -schließende, aus Verfügungsrechten resultierende Macht im ordnungspolitischen Prozess zu eliminieren“ (ebd.:404).

Daniel Haunschmidt
hat VWL an der WU studiert

Literatur

- Erhard, Ludwig (2009): Wohlstand für alle. 9. Auflage, Köln: Anaconda Verlag GmbH
 Eucken, Walter (1989): Die Grundlagen der Nationalökonomie. 9. Auflage, Berlin u. a.: Springer-Verlag
 Eucken, Walter (2004): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. 7. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck Tübingen UTB
 Goldschmidt, Nils (2002): Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens. Walter Eucken und die Notwendigkeit einer kulturellen Ökonomik. Münster: LIT
 Röpke, Wilhelm/Hennecke, Hans Jörg (Hrsg.) (2009): Marktwirtschaft ist nicht genug. Waltrop: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof KG
 Ulrich, Peter (2008): Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie. 4. Auflage Bern: Haupt Verlag

Internetquellen

- Universität Göttingen (Hrsg.): IV:12 Die Prinzipien des Ordoliberalismus, http://www.uni-goettingen.de/de/document/download/89046e6799c469583ec1621fe3547ba2.pdf/Text_8.pdf, (letzter Zugriff: 26.09.2015)
 Wirtschaftsuniversität Wien (Hrsg.): Telematik WU-Wien 2001-2004. Textmodule Politische Ökonomie: 5 J.Becker, <http://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/i/vw3/politische-oekonomie5.pdf>, (letzter Zugriff: 26.09.2015)

Co-Benefits

Zusätzliche Effekte einer Klimapolitik

Werden Maßnahmen zur Bekämpfung von Luftverschmutzung gesetzt, wird oft nur an die Kosten in Form von entgangenen Gewinnen gedacht. Auf den Nutzen sauberer Luft – nämlich gesteigerte Lebensqualität und Rückgang der Todesfälle – wird dabei jedoch vergessen. Dabei würde eine Berücksichtigung dieser Co-Benefits bei der Analyse von umweltpolitischen Maßnahmen die Position von Umweltschützerinnen und -schützern zusätzlich stärken. Von **Mile Bernad**

Bei der globalen Erwärmung handelt es sich um ein komplexes Problem, und die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Verlangsamung des Temperaturanstiegs durch Restriktion von Treibhausgas-Emissionen erweist sich in der Praxis als schwierig. In der wirtschaftspolitischen Debatte werden für gewöhnlich nur die Kosten zur Erreichung bestimmter Grenzwerte betrachtet und sämtliche positiven Effekte, die sich durch die Verringerung der Emissionen ergeben, ignoriert (vgl. Nemet et al., 2010: S. 2f). Die Kosten der Umweltzerstörung werden ebenfalls ignoriert, genauso wie die Co-Benefits, die sich durch Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgase zusätzlich vorteilhaft ergeben (vgl. Nemet et al., 2010: S. 3). Allerdings sind die Kosten politischer Maßnahmen schwer zu evaluieren, da die Politik lediglich Grenzwerte für Emissionen festlegt und keine Preise vorschreibt. Die Kosten langfristiger Ziele können recht volatil sein und sind von vielen Faktoren abhängig (vgl. Nemet et al., 2010: S. 5). Im Vergleich dazu sind die Kosten zur Verbesserung der Luftqualität wesentlich leichter abzuschätzen, da es sich hierbei um ein kurzfristiges Problem handelt und die nötigen Mittel zur Zielerreichung besser bekannt sind.

Bei der Co-Benefit-Analyse wird versucht, die positiven Effekte, die sich durch klimapolitische Maßnahmen ergeben, in die Evaluierung der Maßnahmen zu inkludieren (vgl. West et al., 2013: S. 1). Die Reduktion der Treibhausgase führt zusätzlich zur Reduktion von Emissionen, die einen Einfluss auf die Luftqualität haben. So kann durch Festlegung von Grenzwerten für

Treibhausgas-Emissionen eine Verbesserung der Luftqualität und eine Verbesserung der Lebensqualität erreicht werden. Schätzungen nach können dadurch $1,3 \pm 0,5$ Millionen Todesfälle durch Luftverschmutzung bis 2050 verhindert werden (vgl. West et al., 2013: S. 1f).

Wie können die Co-Benefits nun in die Analyse inkludiert werden? Der Hauptfokus der Co-Benefit-Analyse liegt auf der Verbesserung der Luftqualität. Die Verbesserung der Luftqualität stellt ein kurz- bis mittelfristiges Ziel dar und kann im Vergleich zum Klimaschutz, bei dem es sich eher um ein langfristiges Ziel handelt, leichter umgesetzt werden (vgl. Bollen et al., 2009: S. 6). Wenn die Verbesserung der Luftqualität eine Begleiterscheinung langfristiger Klimaschutz-

Relevant für die Entscheidung ist hierbei, ob die kurzfristigen Kosten eines Klimaschutzabkommens die Kosten einer politischen Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität übersteigen (vgl. Bollen et al., 2009: S. 18).

Werden die Co-Benefits in ein Modell inkludiert (1a), verschiebt dies die Kurve für die marginalen Kosten des Umweltschadens (marginal damages cost curve – MDC) nach oben, und es ergibt sich ein neuer Schnittpunkt mit der Kurve der marginalen Kosten der Schadensvermeidung (marginal abatement cost curve – MAC) (vgl. Nemet et al., 2010: S. 3). Dadurch würde sich ein höheres Level an Schadensvermeidung einstellen. Da wirtschaftspolitische Maßnahmen allerdings nicht die Vermeidung von Umweltschäden als Ziel haben, bedarf es einer anderen Evaluierung

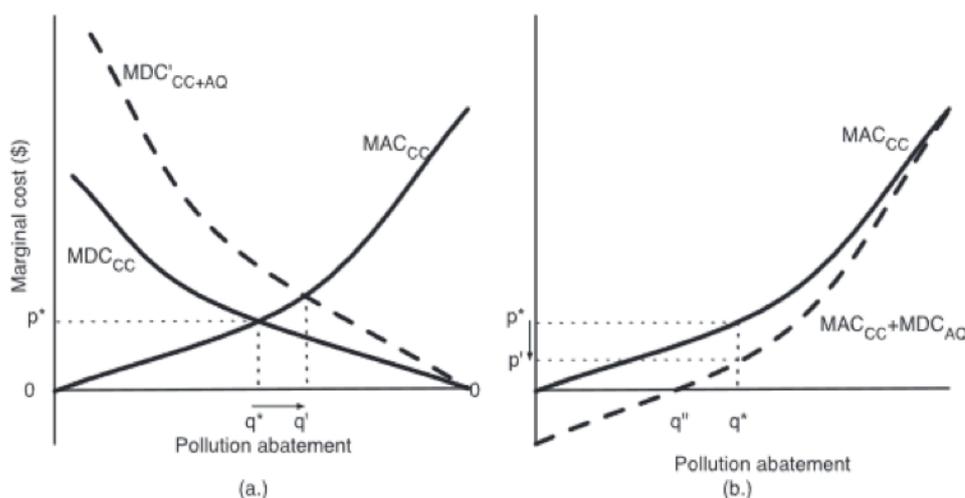


Abbildung 1: Effekt der Inklusion der Co-Benefits **Quelle:** Nemet et al. (2010): S. 4

abkommen ist, liefert ein solches Abkommen für Länder einen zusätzlichen Inzents beizutreten. Dadurch, dass die Verbesserung der Luftqualität bereits inkludiert ist, wird eine Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität obsolet und es kommt zu einer Kostenersparnis (vgl. Bollen et al., 2009: S. 6).

rung im Modell. Das Ziel muss die möglichst günstige Erreichung festgelegter Grenzwerte sein.

Die Veränderung, die sich durch die Inklusion der Co-Benefits ergibt, kann als eine Verschiebung der MAC-Kurve nach unten interpretiert werden (1b). Die Grenzkosten

IST DIR DAS STUDIUM AUCH OFT ZU MONOTON?



werden als Summe der MAC- und MDC-Kurven interpretiert, wodurch die Kosten für die Erreichung der Grenzwerte sinken (vgl. Nemet et al., 2010: S. 3). Durch die Inklusion der Co-Benefits würden also die Kosten wirtschaftspolitischer Maßnahmen sinken, wodurch sie leichter durchzusetzen wären. Ein zusätzlicher Effekt ist die Reduktion der Todesfälle durch Umweltverschmutzung. Zur Bewertung der Menschenleben lässt sich der Wert eines statistischen Lebens heranziehen (value of statistical life – VSL). Der Vorteil, der sich für unterschiedliche Personen durch bessere Luftqualität ergibt, variiert in Abhängigkeit vom Alter. Der Wert, der von Bollen et al. herangezogen wurde, war 1,061 Millionen USD, gemessen im Jahr 2000 (vgl. Bollen et al., 2009: S. 15). Die Höhe des Wertes ist abhängig von der Emissionsvermeidung. Der Effekt einer Reduktion der Grenzwerte um 50% ist besonders in Indien und China um ein Vielfaches höher, als der einer vergleichbaren Reduktion der Emissionen um 25%. Die Reduktion der Emissionen in Indien und China um 50% ist nur mit Veränderungen im Energieerzeugungssektor erreichbar, während die Grenze von 25% bereits durch Einsparungen bei den Haushalten und im Straßenverkehr erreicht werden kann. Die Todesfälle als Folge der Umweltverschmutzung würden durch die Reduktion um 50% weltweit um bis zu 40% zurückgehen, was je nach Schätzung 1-4% des BIP entspricht (vgl. Bollen et al., 2009: S. 16).

Die Inklusion der Co-Benefits würde zudem noch dazu führen, dass die globalen Probleme der Erderwärmung eine regionale Komponente erhalten. Die Emissionen durch China und Indien, die sich global auswirken, müssen von allen Ländern getragen werden, während sich die Verbesserung der Luftqualität regional auswirkt. Wenn die Verbesserung der Luftqualität in der politischen Debatte berücksichtigt werden würde, würde sich

die Verhandlungsposition derer, die für eine Reduktion der Emissionen eintreten, verstärken. Dadurch, dass sich kurzfristig eine Verbesserung der Luftqualität durch die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen einstellen würde, könnten Grenzwerte für Emissionen leichter durchgesetzt werden, da es zu einer regionalen Verbesserung kommt (vgl. Nemet et al., 2009: S.4).

Zukünftige Arbeiten müssen versuchen, die Evaluierung der Co-Benefits weiter voran zu treiben und auszuweiten – ansonsten werden die Effekte von Luftverschmutzung auf Personen unter 30, vor allem auf Kinder, nicht zusätzlich berücksichtigt. Ein weiterer Faktor, der noch nicht ausreichend Beachtung erhält, ist die „indoor air pollution“, die aufgrund fossiler Brennstoffe gerade in Entwicklungsländern beachtlich ist und sich schädlich auf die Gesundheit auswirkt (vgl. West et al., 2013: S. 4). Zudem muss vermehrt versucht werden, den Fokus der Politik auf die Vorteile, die aus der Erhaltung der Umwelt und Co-Benefits erwachsen, auszuweiten und in die Diskussion miteinzubeziehen. Dadurch wäre die Debatte nicht mehr eine reine Kostenfrage, sondern auch eine Frage des Nutzens, den der Erhalt der Umwelt der gesamten Gesellschaft stiftet.

*Mile Bernad hat VWL
an der WU studiert*

Literatur

- Bollen, J., et al. (2009): „Co-Benefits of Climate Change Mitigation Policies: Literature Review and New Results“, OECD Economics Department Working Papers, No. 693, OECD Publishing
- Nemet G. et al. (2010): “Implications of incorporating air-quality co-benefits into climate change policymaking”, Environ. Res. Lett. 5, IOP Publishing
- West J. et al. (2013): “Co-benefits of Global Greenhouse Gas Mitigation for Future Air Quality and Human Health”, Nat. Clim. Chang. 2013 October 1; 3(10)

DIE WIPOL BRINGT VIELFALT IN DEIN STUDIUM

**Bewirb dich bis 6. Juni 2017
auf wipol.at**

Innerhalb eines Jahres schafft die Wirtschaftspolitische Akademie mit Diskussionen, Workshops und Trainings einen Rahmen für wirtschaftspolitische Themen, die im Studium zu kurz kommen. Wir richten uns dabei an Studierende aller Studienrichtungen – unser gemeinsamer Nenner ist das Interesse an einer sozialeren Wirtschaftspolitik, von der alle etwas haben.

The Son also Rises

Gregory Clark | Princeton University Press | erschienen 2014, neu aufgelegt 2015
16,95 Euro | 384 Seiten | rezensiert von **Bogdan Mihajlovic**

Was ist soziale Gerechtigkeit? Wie sehr ist unser sozialer Status von Geburt an bestimmt? Kann der Staat soziale Ungerechtigkeit beseitigen und soziale Mobilität erhöhen? Wenn ja, wie? Und was hat dieses Thema eigentlich mit Samuel Pepys, einem englischen Adligen aus dem 17. Jahrhundert, zu tun?

In seinem Debütbuch „A Farewell to Alms“ widmete sich der aus England stammende Harvard-Ökonom Gregory Clark alternativen Erklärungsansätzen, wieso die Industrielle Revolution gerade in England stattgefunden hat. Thematisch ist sein zweites Buch „The Son also Rises“ kein direkter Nachfolger.

Hier untersucht Clark die soziale Mobilität in verschiedensten Ländern. Primär versucht er zu zeigen, wie sehr der soziale Status eines Menschen von dem sozialen Status seiner Eltern abhängt. Eine hohe Abhängigkeit würde auf hohe Ungerechtigkeit schließen lassen, da folglich ein hoher sozialer Status nicht mit harter Arbeit oder speziellem Talent erlangt werden kann, sondern nur durch das Glück, in

die richtige Familie geboren zu sein. Dieses höchst aktuelle und viel untersuchte Thema betrachtet Clark auf unkonventionelle und nicht unumstrittene Weise. Als Ausgangspunkt nimmt er, wie auch in „A Farewell to Alms“, Samuel Pepys, einen Angehörigen des englischen Adels aus dem 17. Jahrhundert. Anders als „Clark“, gilt „Pepys“ mit gerade 46 registrierten Namensträgern nicht als typischer Name in England. Jedoch finden sich unerwartet viele Absolventen elitärer Universitäten – vor allem Cambridge – dieses Namens. Auch Clark selbst studierte zunächst dort. Diese statistisch hohe Diskrepanz lässt Fragen offen. Bekommen Kinder aus privilegierten Familien durch ihre Herkunft einen Kickstart in das Leben, welcher sich nicht mehr mit harter Arbeit aufholen lässt? Weisen womöglich wichtige Institutionen versteckte Diskriminierung auf? Ist gar genetische Überlegenheit der Grund für das Fortwähren gewisser Dynastien an der Spitze der Gesellschaft?

In weiterer Folge entführt Clark seine LeserInnen auf eine Reise durch Namensregister, Erbschaftsverzeichnisse und Abschlussregister von Universitäten in der ganzen Welt. Hier wird nach einer Überrepräsentanz von atypischen Namen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung gesucht. Dieser Ansatz ermöglicht es Clark, soziale Mobilität zurück bis ins 15. Jahrhundert zu untersuchen. Die meisten modernen Studien behandeln nur die jeweils letzten drei Generationen. Die Funde und Schlussfolgerungen des Autors sind sowohl sehr überraschend, als auch nicht kohärent mit dem ökonomischen Mainstream. Anders als bei den meisten Studien wird hier nicht das Vermögen, sondern der Studienabschluss an einer bestimmten Institution oder in einer bestimmten Fachrichtung als Indikator für den sozialen Status herangezogen.

Schlussendlich untersucht Clark auch, wie Staaten mit der Beseitigung solcher Ungerechtigkeiten umzugehen versuchen. Welche Staaten dabei Erfolge erzielen, bietet eine der größten Überraschungen des Buches und bildet die Brücke zu einer Verteilungsdebatte welche mehrere Jahrhunderte der Menschheitsgeschichte in sich verbindet.

Am Ende muss jedoch man sich als LeserIn selber entscheiden, ob der lebhafteste Schreibstil des Autors von der fragwürdigen statistischen Herangehensweise ablenken soll, oder die teilweise überraschenden Resultate nicht doch Wahrheitsgehalt besitzen...

Bogdan Mihajlovic ist mittlerweile in der Statistischen Abteilung der OeNB beschäftigt



Genug vom
Fischen im
Trüben?

Studien, Kurzfassungen,
Analysen und Hintergründe
für die nächste Seminararbeit auf:

blog.arbeit-wirtschaft.at

Im Rahmen unserer Kooperation mit dem Blog „Arbeit und Wirtschaft“ werden dort ausgeählte Standpunkte-Artikel veröffentlicht.

A Call for Enlightenment

In the midst of the turbulent times of nowadays, referring to the global rise of the far right as well as climate change, growing inequality or the current migration movements in and from the middle east, it seems that people do not value the achievements and principles of the Enlightenment anymore.

Commentary by **Lea Steininger**

I argue that intellectual clarity and moral courage today are as important as they were towards the end of the medieval period, when the protagonists of the Enlightenment started to shape the most important ideas of Modernity.

A scorching analysis of the disguised religious structures of our minds and in our daily routine might be even more needed than it was two-hundred years ago. We still find ourselves confronted with the heritage of Romanticism and Idealism; their principles don't adhere to a secular, scientific spirit but rather to a religious concept that has merely ripped off its visible signs and rituals. The notion of Enlightenment attempts to capture a paradigm that is free of a certain ideology, dogmatism and orthodoxy, yet its impact and ramifications are everything but apolitical: At this time, the world as we know it faces unprecedented global challenges such as climate change, the emigration of nations, the rise of the far right as well as striking and rising inequality, all of which are interrelated. However, a lack of ideas how to surmount these challenges cannot be recorded. Which ideas will have the ability to assert themselves? If we don't want the public debate on ethical, economic and political questions to be governed by theological considerations and blind interest in profits, a form of a new Enlightenment must necessarily be the very foundation of a discussion on the design of any sustainable change.

The proposal sounds indeed hopeful; unfortunately, there seems to be no common agreement on acting even on the more generously defined principles the Enlightenment carries. Within Europe, the birthplace of the Enlightenment, it cannot be denied that fearful and xenophobic tendencies are on the fast track – namely emotionally charged nationalist's movements for which rational arguments have no say. In particular, the often gentle voice of sensibility, sensitivity and humanism will have to compete with hue and cry of opportunism and concern. This poses a threat to our project called European Union, which is put on trial as opposing forces want to have the final say in the refugee crisis and the leading economic paradigm.

However, there is an opportunity for those interested in shaping the discussion on nothing less than our society's future; participating in debate is to strengthen interpersonal ties, collect and spread opinions and to argue with contemporaries. One must not underestimate the significance of such a task, as it provides a framework not only for actively addressing the current centrifugal forces within the EU but also for building relations among a diversified people.

*Lea Steininger studiert
Volkswirtschaftslehre an
der Universität Wien*

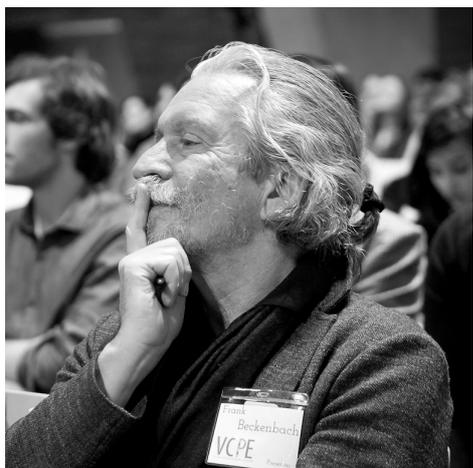
VCPE - 1st Vienna Conference on Pluralism in Economics

Unter dem Motto „Wider die Einfalt“ fand im April 2015 die erste Konferenz für ökonomische Vielfalt in Wien statt.



Von 10. bis 12. April bekamen die rund 300 TeilnehmerInnen an der WU Wien in 6 Sessions 74 wissenschaftliche Arbeiten präsentiert - vorgetragen von ProfessorInnen genauso wie Studierenden.





Agent-Based Modeling

Wunderheilmittel der Makroökonomik?

Am Rande des ökonomischen Mainstreams stellt Agent-Based Modeling (ABM) einen Versuch dar, mithilfe von komplexen Computersimulationen makroökonomisches Verhalten präzise und realistisch zu erklären. Die vielfältigen Möglichkeiten, die dieser Ansatz für das Modellieren bietet, sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da sich die Systemdynamiken aus Annahmen ergeben, die oft in der Komplexität der Modelle untergehen. Von **Severin Rapp**

Im ökonomischen Mainstream haben wenige die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 kommen sehen. Genauso ist es eine Überraschung, dass das Wirtschaftswachstum in Großbritannien trotz Brexit überdurchschnittlich hoch ist (Lanchester, 2017). Obwohl der renommierte Ökonom Robert Lucas bereits 2003 das zentrale Problem der Krisenprävention für gelöst erklärt hat (Romer, 2016), scheint der Mainstream in der Makroökonomie doch noch Bedarf an einer Überarbeitung zu haben. Als radikale Alternative zu den altbekannten makroökonomischen Modellen beschreibt der *Economist* Agent-Based Modeling (ABM) (Klein, 2013). Auch der Chefökonom der Bank of England Andy Haldane hat sich für eine verstärkte Anwendung solcher Modelle ausgesprochen (Lanchester, 2017). Doch was genau ist ABM und welche Verbesserungen und Nachteile gehen damit einher?

ABM – Ein Überblick

Beim Agent-Based Modeling geht es darum, in einer Computersimulation Individuen miteinander interagieren zu lassen und die Dynamiken, die sich daraus ergeben, zu beobachten. So wird auch in der Ökonomie mit Hilfe der hohen Rechenleistung moderner Computersysteme das Verhalten von Millionen an Wirtschaftssubjekten modelliert um dann beispielsweise makroökonomische Prozesse „nachzuspielen“. ABM kommt in allen möglichen Teilbereichen vor, von Asset Pricing bis zur Marxistischen Ökonomie. Anschaulich formuliert: „In an agent-based model, you don't try to work out whether a million people will, on aggregate, buy more bread or less bread. You create a million digital 'people' and unleash them in a world with digital bread and digital money“ (Mason, 2016).

Alles beginnt in einem Ausgangszustand, wo die Individuen oft mit bestimmten Cha-

rakteristika wie etwa einem Startvermögen ausgestattet sind. Die Interaktion von und zwischen den Agents basiert auf Regelsets, die den Einzelnen zugewiesen werden. Besonders wichtig ist, dass Regelsets veränderbar sind. Tatsächlich sind die vielen einzelnen Individuen lernfähig und können Regeln folgen, die ihre Verhaltensregeln beeinflussen (Macal and North).

Ein simples Beispiel für ein ABM ist eine Bar, die 60 Leute fasst. Nachtschwärmer_innen können ihren Aufenthalt dort nur dann genießen, wenn die Bar nicht überfüllt ist. Nun müssen die Handelnden entscheiden, ob sie die Bar besuchen oder nicht. Wenn erwartet wird, dass mehr als 60 Leute da sind, entscheidet sich eine Person gegen den Besuch. Die Erwartungen können eine Funktion des Andrangs der letzten Wochen sein. Beispielsweise, dass gleichviele Menschen da sein werden wie beim letzten Mal. Wenn sich Entscheidungsregeln im Laufe der Simulation als nachteilhaft erweisen, können Agents ihre Entscheidung stärker auf andere Regeln stützen. Im Resultat fluktuiert die Zahl von Runde zu Runde um die 60 Besucher_innen (Arthur, 1994).

Realistischere Modelle

In der Ökonomie können solche Modelle große Vorteile mit sich bringen. Anstatt die Realität auf einige Variablen zu reduzieren, soll sie möglichst echt repliziert werden. Wissenschaftler_innen setzen also nicht wie in neoklassischen Standardmodellen bei den Zielen von Individuen und deren Beschränkungen an. Vielmehr sind individuelles Verhalten und Entscheidungsregeln der Ausgangspunkt (House, 2014). Besonders gut eignen sich ABM beispielsweise zum Modellieren von boundedly rational agents. Die Entscheidungsfunktionen von Individuen sind dann nicht unbedingt Optimierungsprozesse, sondern basieren auf Erfahrungen oder

werden von Heuristiken bestimmt (Gräbner, 2014). Auch kann mit heterogenen Entscheidungsträger_innen gearbeitet werden, anstatt sich auf identische repräsentative Agents in makroökonomischen Modellen beschränken zu müssen (ibid.). Darüber hinaus lässt sich durch die Interaktion zwischen den Individuen und deren Lernfähigkeit die soziale Einbettung ökonomischer Prozesse modellieren. Soziale und zugleich ökonomische Faktoren wie Klasse, Geschlecht oder Herkunft können in die Analyse einbezogen werden (Mason, 2016).

Mehr als die Summe der Teile?

Ein Schlüsselbegriff bei der Modellierung mit ABM ist Emergenz. Emergenz beschreibt neue Strukturen oder Eigenschaften, die in einem System durch das gemeinsame Wirken der Einzelteile entstehen. Nun ist die Frage legitim, was „Emergenz“ wirklich bedeutet – in einem System, das davor von einem Menschen programmiert wurde. Die Unterscheidung zwischen dem, was von Modell-designer_innen in die Verhaltensregeln geschrieben wird, und dem, was im Nachhinein als emergentes Phänomen bezeichnet wird, ist nicht trivial. Tatsächlich entsteht Emergenz nicht immer von selbst, sondern ist auch Teil des Designs (O'Sullivan and Haklay, 2000). Außerdem kann ABM, das ursprünglich in Evolutionsbiologie und Verkehrsplanung angewendet wurde, ein Hang zum methodologischen Individualismus attestiert werden. Das liegt daran, dass das ganze Modell letzten Endes nur aus regelgebundenen Individuen besteht, deren aggregiertes Verhalten die Gesellschaft konstituiert (ibid.).

Knackpunkt Transparenz

Große Schwierigkeiten bei ABM liegen auch in der Qualitätssicherung. Durch die Bemühung um die Nähe zur Realität und das Nachstellen von unterschiedlichen syste-

mischen Dynamiken gibt es eine Tendenz zu komplizierten und umfangreichen Simulationen. Das ist vor allem bei der Interpretation hinderlich (Gräbner, 2014). Besonders schwierig ist festzustellen, was Ursache welcher Konsequenz ist (Farmer and Foley, 2009). Eine weitere Herausforderung sind die Kriterien, nach denen Verhaltensregeln aufgestellt werden. Oft orientieren sich diese nämlich am Common Sense und beinhalten umfassende Annahmen über das menschliche Verhalten (ibid.). Ihre transparente Darstellung ist daher wesentlich. Genau solche Probleme bei der Überprüfbarkeit aber lastet der Chefökonom der Weltbank Paul Romer der Makroökonomik an: "With enough math, an author can be confident that most readers will never figure out where a FWUTV [Facts With Unknown Truth Value, Anm.] is buried. A discussant or referee cannot say that an

identification assumption is not credible if they cannot figure out what it is and are too embarrassed to ask" (Romer, 2016).

In Summe lässt sich sagen, dass ABM eine Vielfalt an Möglichkeiten mit sich bringen und bis zu einem gewissen Grad ermöglichen, den sozialen Kontext ökonomischen Handelns zu modellieren. Jedoch muss im Bewusstsein bleiben, dass das Ergebnis einer Simulation immer nur eine Funktion des Inputs ist, der von den Designer_innen beispielsweise in Form von Verhaltensregeln kommt. Deshalb ist Transparenz wichtig. Ob wir der Lösung des zentralen Problems der Makroökonomik näherkommen entscheidet sich hauptsächlich dadurch, welche Verhaltensregeln und welche gesellschaftlichen Faktoren in der Analyse einbezogen werden. Ob es gereicht hat werden wir bei der nächsten Krise sehen.

Literatur

Arthur, B. (1994), "Inductive Reasoning and Bounded Rationality", The American Economic Review, Vol. 84 No. 2, pp. 406–4011.

Farmer, J.D. and Foley, D. (2009), "The economy needs agent-based modelling", Nature, Vol. 460 No. 7256, pp. 685–686.

Gräbner, C. (2014), Agent-Based Computational Models - A Formal Heuristic for Institutional Pattern Modeling?, Bremen.

House, C. (2014), "Are Agent-Based Models the Future of Macroeconomics?", available at: <https://orderstatistic.wordpress.com/2014/08/12/are-agent-based-models-the-future-of-macroeconomics/> (accessed 26 February 2017).

Klein, M. (2013), "Building a better model. Remaking macro", The Economist, 31 January, available at: <http://www.economist.com/blogs/freexchange/2013/01/remaking-macro-0>.

Lanchester, J. (2017), "The Major Blind Spots in Macroeconomics", The New York Times Magazine, 7 February, available at: <https://www.nytimes.com/2017/02/07/magazine/the-major-blind-spots-in-macroeconomics.html>.

Macal, C. and North, M., "Tutorial on Agent-Based Modeling and Simulation PART 2: How to Model with Agents", Monterey, CA, USA.

Mason, P. (2016), "It's time to junk the flawed economic models that make the world a dangerous place", Mainstream economics is terrible at understanding the reality of human behaviour. Now, even the respected thinker Paul Romer is calling for change, The Guardian, 19 September, available at: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/sep/19/its-time-to-junk-the-flawed-economic-models-that-make-the-world-a-dangerous-place> (accessed 26 February 2017).

O'Sullivan, D. and Haklay, M. (2000), "Agent-Based Models and Individualism. Is the World Agent-Based?", Environment and Planning A, Vol. 32 No. 8, pp. 1409–1425.

Romer, P. (2016), "The Trouble with Macroeconomics", available at: paulromer.net.

Wir beantworten deine Fragen!

Einstiegstutorium von Studierenden für Studierende mit Interesse am VWL & SozÖk Zweig!

Das Tutorium beantwortet deine Fragen zum Hauptstudium und allem drumherum.

Das genaue Programm findest du online.

Termine jeweils 18:15 TC.3.06

- 04.04. Was ist VWL/SoziÖK**
- 16.05. VWL & SozÖk Community**
- 30.05. Auslandssemester**
- 13.06. Beihilfen, Arbeit & Studium**

- Was erwartet mich in meinem VWL/Sozioökonomie Studium?**
- Wie kann ich mich schon im ersten Jahr mit Ökonomie auseinandersetzen?**
- Wo lerne ich andere Studierende aus dem Zweig kennen?**
- Kann ich neben dem Studium arbeiten?**
- Wie sieht es mit einem Auslandssemester aus?**

vw-zentrum@wu.ac.at
wu.ac.at/economics/vw-zentrum
bachelorsozoek@wu.ac.at
facebook.com/sozoek.home

Severin Rapp macht seinen VWL-Bachelor an der WU

Rückkehr der Industriepolitik?

Industriepolitik rückt zunehmend wieder ins Zentrum der wirtschaftspolitischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Viel von diesem neuem Interesse ist zum einen auf den intensivierten Diskurs zu „Industrie 4.0“, zum anderen auf Mariana Mazzucatos Aufsehen erregendes Werk „Das Kapital des Staates“ zurückzuführen. Ein Gastartikel von **Michael Mesch**

Industriepolitik umfasst alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen eines Staates, dessen Verwaltungseinheiten oder der Sozialpartner, die auf die Struktur und die Entwicklung des sachgüterproduzierenden Sektors (verarbeitende Industrie und produzierendes Gewerbe), des servo-industriellen Sektors (Sachgüterproduktion plus produktionsbezogene Dienstleistungen) oder einzelner Branchen dieses Sektors einwirken. In einem weiteren Sinne umfasst Industriepolitik auch Forschungs-, Innovations- und Technologiepolitik sowie die industrierelevante Beschaffungspolitik des öffentlichen Sektors. Bis zum EU-Beitritt war Industriepolitik in Österreich ein wichtiges Feld der Wirtschaftspolitik. In der EU gibt es nur wenige industriepolitische Instrumente, die mit den Wettbewerbsregeln des Binnenmarkts vereinbar sind (z. B. Forschungspolitik).

Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise ist das Thema „Industriepolitik“ wieder im wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs, in der wissenschaftsbasierten Politikberatung und in Ansätzen in der Politik aufgetaucht. Was sind die Gründe dafür?

Erstens sind Volkswirtschaften mit einem relativ hohen Wertschöpfungsanteil der Sachgüterproduktion (wie Österreich, Deutschland) besser durch die Rezession 2008/09 gekommen als die übrigen. Seitdem widmet auch die EU dem sachgüterproduzierenden Sektor verstärkte Aufmerksamkeit in ihren Analysen und Empfehlungen.

Zweitens hat die Publikation „Das Kapital des Staates“ der italienischen Ökonomin Mariana Mazzucato, in der sie auf der Grundlage ihrer Forschungen über die Zusammenhänge zwischen staatlicher und privater Forschung, Innovationen und Wirtschaftswachstum im letzten halben Jahrhundert für einen industriepolitisch aktiveren Staat eintritt, in der Wissenschaft großes Aufsehen erregt. Der Staat soll sich nicht darauf beschränken, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen und zu kontrollieren, Markt- und Systemversagen zu beseitigen und Grundlagenforschung zu finanzieren, sondern soll als Hauptinvestor, Katalysator und (über das öffentliche Beschaffungswesen) als Großnachfrager auftreten, um technische Entwicklungen voranzutreiben (die sonst unterblieben oder sich verzögerten) und nach Lösungen für die drängendsten sozioökonomischen Probleme unserer Gesellschaft zu suchen.

Drittens wird im Zuge der intensiven Diskussion über die Voraussetzungen und Folgen von „Industrie 4.0“ die Rolle des Staates u. a. bei der Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur (Hochgeschwindigkeitsnetze) und bei der Regulierung (Plattform-Standards) erörtert. Dieser Beitrag befasst sich mit dem zweiten und mit dem dritten Aspekt.

Mazzucatos Plädoyer für den „unternehmerischen Staat“

Freie Märkte, brillante junge ErfinderInnen und privates Wagniskapital seien es, welche die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft bestimmen. Der Staat störe dabei nur und müsse daher nach Kräften

zurückgedrängt werden, solle sich auf die Festlegung und Überwachung der Rahmenbedingungen beschränken. Diese beiden Sätze beschreiben im Kern die Position neoliberaler ÖkonomInnen und PolitikerInnen in Bezug auf die Rolle des Staates in der Wirtschaft. Halten sie einer empirischen Überprüfung stand, oder sind sie als Ideologie zu bewerten?

Mazzucato widerlegt die obigen Glaubenssätze auf der Grundlage ihrer eigenen Forschungen und einer Vielzahl von Studien anderer ÖkonomInnen und WirtschaftshistorikerInnen. Bei den meisten revolutionären, bahnbrechenden Innovationen, die den Kapitalismus seit 1945 vorangetrieben haben, kamen die grundlegenden und kapital-intensiven Investitionen vom Staat. Ob in der Computerbranche, beim Internet, in der pharmazeutischen Industrie, der Bio- und der Nanotechnik oder bei der Energiewende: Es war jeweils der Staat, der die neuen technischen Chancen schuf, die großen Anfangsinvestitionen finanzierte, einem dezentralen Netzwerk von privaten, halböffentlichen und öffentlichen Akteuren risikoreiche Forschungsvorhaben ermöglichte und auf diese Weise dynamische Entwicklungs- und Kommerzialisierungsprozesse anstieß.

Beispielsweise wurden alle Techniken, die Apples iPhone so attraktiv für NutzerInnen machen, vom Staat finanziert: Internet, GPS, berührungsempfindliche Bedienungsfläche und neuerdings sprachgesteuerte persönliche Assistenz.

Die Entwicklung des Internets und die Entstehung der Nanotechnikbranche gehen auf die visionäre Strategie und die grundlegenden Investitionen des Staates in Bereichen zurück, die der private Sektor noch gar nicht entdeckt hatte. Selbst nachdem der Staat die Entwicklung der neuen Techniken angestoßen hatte, scheuten private Investoren immer noch die Risiken, in diesen Bereichen zu investieren. Der Staat musste sogar die Kommerzialisierung des Internets unterstützen.

Die Finanzierung von vielen der innovativsten jungen Unternehmen in den USA ba-sierte nicht auf privatem, sondern auf öffentlichem Risikokapital. Und in Großbritannien wurden die molekularen Antikörper, die die Grundlage der Biotechnikbranche bildeten, lange vor dem Auftauchen von privaten Risikokapitalgebern in staatlichen Laboren entdeckt.

Typischerweise waren eine visionäre staatliche Strategie, öffentliche Forschung und privates Risikokapital im Zusammenwirken notwendige Bedingungen für den kommerziellen Erfolg bahnbrechender Innovationen. Es war also letztlich die „sichtbare Hand“ des Staates, der durch seine visionäre Strategie und grundlegende Investitionen bahnbrechende Innovationen ermöglichte. Diese Innovationen hätte es zum jeweiligen Zeitpunkt also gar nicht gegeben, wenn die entscheidenden Akteure ausschließlich auf den Markt und die Initiative privater Unternehmen vertraut hätten und sich der Staat darauf beschränkt hätte, Rahmenbedingungen zu schaffen und zu kontrollie-

ren, Markt- und Systemversagen zu beseitigen, also u. a. für die Internalisierung von negativen Externalitäten (bspw. Umweltschäden) zu sorgen und Grundlagenforschung zu finanzieren.

Welche forschungs- und wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen zieht Mazzucato aus ihren vielfältigen und zahlreichen empirischen Befunden aus Nordamerika und Europa? Sie plädiert erstens für einen aktiven, zielgerichtet handelnden „unternehmerischen Staat“, um Dinge zu ermöglichen, „die sonst nicht möglich wären“, genau wie Keynes schon 1926 in „Das Ende des Laissez-Faire“ geschrieben hat. Der Staat soll insbesondere jene Risiken tragen, die der private Sektor aufgrund der fundamentalen und extremen Unsicherheit (im Sinne von Knight) nicht tragen will, aber dann auch die Früchte seiner Risikobereitschaft ernten. Im offenen Innovationssystem, das aus einer Vielzahl von Akteuren aus dem privaten und dem öffentlichen Sektor besteht, soll der Staat nicht nur Anreize für Innovationen des privaten Sektors bieten, sondern v. a. als Hauptinvestor und Katalysator auftreten und die Verbreitung von Wissen steuern.



Michael Mesch

ist Mitarbeiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und den Bund und geschäftsführender Redakteur der wirtschaftspolitischen Quartalszeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“.

Der Staat soll also mutig vorangehen, um die technische Entwicklung voranzubringen (die sonst unterbliebe oder sich verzögerte) und nach Lösungen für die dringendsten sozioökonomischen Probleme zu suchen. „Es ist zum Beispiel unrealistisch zu glauben, in den kapitalintensiven und hoch risikoreichen Bereichen der sauberen Technologien werde Wagniskapital ‚vorangehen‘, oder es genüge ein bisschen ‚Anschub‘ von einer kleinen, strukturlosen grünen Investitionsbank. Bei der sauberen Energie kommt es nicht nur auf die Bereitschaft des Staates an, die Führung zu übernehmen, sondern auf seine Bereitschaft, neue und Übergangstechnologien nachhaltig zu unterstützen, damit die Branche ‚reifen‘ kann – das heißt, bis Kosten und Leistungsfähigkeit mit denen der bestehenden Technologien (fossile Brennstoffe) mithalten können oder besser sind.“

Zweitens soll der Staat dann, wenn er jene Risiken trägt, die der private Sektor wegen Knight'scher Unsicherheit nicht übernehmen

will, auch die Früchte seiner Risikobereitschaft ernten. Dies ist für die Nachhaltigkeit der Innovationstätigkeit des „unternehmerischen Staates“ und des gesamten Innovationssystems entscheidend, denn so kann eine kontinuierliche Finanzierung aufrechterhalten werden: Die Erträge aus der laufenden Runde dienen – neben der Deckung der unvermeidlichen Verluste vieler Projekte – zur Finanzierung der nächsten.

Drittens befürwortet Mazzucato ausgehend von ihren und anderen empirischen Ergebnissen eine Neubewertung der Rolle der verschiedenen Akteure im offenen Innovationssystem: Diese Neubewertung könne dazu beitragen, dass die Rolle des Staates künftig nicht mehr so unterschätzt wird, wie das in der jüngeren Vergangenheit der Fall war. „Wenn wir erkennen, welche unterschiedlichen Aufgaben die Beteiligten in dem System haben – unterschiedlich je nach Zeitpunkt und Position – wird es überschätzten Akteuren, die derzeit die kollektive Vorstellungswelt beherrschen, schwerer fallen, Unterstützung und Subventionen einzufordern.“

Immer wieder stellt Mazzucato auch den Zusammenhang zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Europa her. Wenn der Staat tatsächlich, so wie Mazzucato nachweist, im letzten halben Jahrhundert durch seine visionäre Strategie und seine Investitionen die meisten revolutionären Innovationen initiiert hat, dann schränkt das derzeitige fiskalpolitische Korsett in der EU, das zu einem massiven Rückgang der öffentlichen Investitionen geführt hat, die Entwicklungsaussichten der europäischen Volkswirtschaften wesentlich ein. Mazzucatos Beweisführung kann also als sehr wichtiges Argument zugunsten der Berücksichtigung der „Goldenen Finanzierungsregel“ durch die europäischen Fiskalregeln dienen.

Automatisierung und Beschäftigung: politische Gestaltungsspielräume

Im Diskurs über die möglichen Auswirkungen einer Realisierung der Konzepte oder Visionen „Industrie 4.0“ bzw. „Wirtschaft 4.0“, definiert als interaktive Vernetzung der analogen Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen mit der digitalen Welt im Rahmen von sog. digital-physischen Systemen (cyber-physical systems), kommen zahlreiche Themen zur Sprache: vor allem die potenziellen Effekte auf das Niveau der Beschäftigung und die Beschäftigungsstruktur sowie die Gestaltungsspielräume, welche Wirtschaftspolitik, staatliche Industriepolitik, Sozialpartner und Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen bei der Umsetzung von Automatisierungstechniken haben. Über diese Mitwirkung könnten wiederum die Auswirkungen

der Automatisierungstechniken auf die Qualität der Arbeit, das Niveau der Beschäftigung und die Zusammensetzung der Beschäftigung beeinflusst werden.

Der Zeitraum vom letzten Viertel des 19. Jh. bis in die Gegenwart war eine Phase beispiellosen technischen Fortschritts. Dieser erfolgte zum einen in der Gestalt von Produktinnovationen, zum anderen in Form von Prozessinnovationen, u. a. in Form von Automatisierungstechniken. Diese ersetzen Arbeit, genauer gesagt standardisierbare und routinierbare Tätigkeiten (Substitutionseffekte). Die Anwendung dieser Techniken erforderte jedoch gleichzeitig den Einsatz von höher qualifizierten Arbeitskräften (Komplementaritätseffekte; qualifikationsverzerrter technischer Fortschritt seit der Zweiten Industriellen Revolution Ende des 19. Jahrhunderts).

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, insbesondere aus der umfassenden Anwendung unzähliger Prozessinnovationen seit dem letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts, die auf den modernen Informations-, Kommunikations- und Steuerungstechniken basierten, in Bezug auf die Gestaltungsspielräume ziehen? Gestaltungsspielräume für die Politik, die Sozialpartner und die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen bestehen sowohl auf der betrieblichen und beruflichen Ebene als auch auf der Branchen- und der gesamtwirtschaftlichen Ebene.

Wenden wir uns zunächst der betrieblichen bzw. beruflichen Ebene zu: Die Implementierung digital-physischer Systeme in der betrieblichen Praxis erfolgt zumeist nicht als revolutionärer Umbruch, sondern in Form von inkrementellen Änderungen, d. h. durch schrittweise Innovationen auf der Basis bisher angewandter Automatisierungstechniken und der bestehenden IT-Vernetzung. Infolgedessen vergrößern sich die Spielräume für vorausschauende und/oder reaktive Gestaltung der technischen, organisatorischen und sozialen Prozesse in den Betrieben und hinsichtlich der Anpassung der Tätigkeitsprofile von Berufen.

In Bezug auf die Technikoptionen, auf die technische und organisatorische Gestaltung neuer Produktionssysteme, auf die Verbindung unterschiedlicher Technologien, auf Arbeitsorganisation und Personaleinsatz besteht große Unsicherheit. Für die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen (Betriebsräte, Gewerkschaften, Berufsverbände) und für die Sozialpartner eröffnet das Chancen, eine gestaltende Arbeitspolitik zu betreiben. Betriebsräten und Gewerkschaften bieten

sich Möglichkeiten, Konzepte für die Humanisierung der Arbeitswelt in den Diskurs und die Verhandlungen einzubringen. Welche Auswirkungen die technischen Innovationen haben, die unter den Schlagwörtern „Industrie 4.0“ und „Wirtschaft 4.0“ diskutiert werden, wird keineswegs ausschließlich durch die gewählte Technikoption sowie die konkrete Gestaltung und Auslegung der Technik bestimmt.

Die Arbeitsbedingungen, die quantitativen und qualitativen Beschäftigungswirkungen werden also mitnichten vollständig durch die Technik determiniert! Behauptungen, es gebe keine Gestaltungsmöglichkeiten, sondern nur Anpassungsnotwendigkeiten von Seiten der Beschäftigten und der Regelung von Arbeit an das neue technisch-organisatorische Umfeld, sind als ideologisch und machtpolitisch geleitete Stellungnahmen zu werten.

Bezüglich der Technik existieren große Spielräume: Es bestehen unterschiedliche Technikoptionen, und die konkrete Auslegung digital-physischer Produktionssysteme kann auf verschiedene Weise erfolgen. Entsprechendes gilt für die betrieblichen und zwischenbetrieblichen, netzwerkbezogenen organisatorischen Anpassungen. Schließlich verbleiben auch erhebliche arbeitsorganisatorische Spielräume für die Gestaltung der Arbeitsabläufe und der Arbeitsbedingungen sowie hinsichtlich der Festlegung der erforderlichen Qualifikationen und des quantitativen Bedarfs an Arbeit in den einzelnen Qualifikationssegmenten.

Technisch-organisatorischer Fortschritt ist nicht automatisch mit Humanisierung der Arbeitswelt verbunden. Es bedarf besonderer Anstrengungen, um Arbeit sinnvoll, lernfördernd, nicht gesundheitsschädlich und altersgerecht zu gestalten. Arbeitszeitregelungen haben auch die physischen und psychischen Belastungen und die sich wandelnden Präferenzen der ArbeitnehmerInnen zu berücksichtigen. Das Fazit lautet also: Die Spielräume und Notwendigkeiten betrieblicher, betriebspartnerschaftlicher, berufsbezogener, branchenpartnerschaftlicher, sozialpolitischer, sozialpartnerschaftlicher und gesellschaftlicher Gestaltung der Arbeitswelt, und zwar in technischer, betriebsorganisatorischer und arbeitsorganisatorischer Hinsicht, werden unterschätzt.

Technische Innovationen sind in organisatorische Prozesse und diese wiederum in soziale Prozesse eingebettet. Erst komplementäre organisatorische und soziale Innovationen sichern die Funktionsfähigkeit von sozio-technischen Systemen. Eine adäquate Gestaltung der technischen und organisatorischen Prozesse soll sicherstellen,

dass die Beschäftigten ihre Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln können. Berufsbilder sind nicht statisch. In der Praxis erfolgt fortwährend eine Anpassung der die Berufsprofile prägenden Tätigkeitsbündel an technische, organisatorische, marktliche, politische und soziale Veränderungen. Wie bereits mehrfach angeführt, können manuelle und kognitive Routinetätigkeiten teilweise von neuen Automatisierungstechniken (Maschinen und Rechnern) übernommen werden. Gleichzeitig besteht verstärkter Bedarf an kognitiven, interaktiven und manuellen Nichtroutinetätigkeiten, die komplementär zu IKT-Kapital und anderen Automatisierungstechniken sind. Insbesondere im Bereich der Fertigungsberufe mittlerer Qualifikation und im Bereich der Angestelltenberufe mittlerer Qualifikation wird es notwendig sein, Berufsprofile stärker umzugestalten. Diese Berufsprofile zeichnen sich gegenwärtig durch relativ hohe Anteile von manuellen und/oder kognitiven Routinetätigkeiten aus. Es gilt, in diesen beruflichen Segmenten Berufsprofile mit höheren Anteilen an kognitiven, interaktiven und manuellen Nichtroutinetätigkeiten zu schaffen und ggf. auch (für Lehre und schulische Ausbildungsgänge) zu institutionalisieren.

Wenden wir uns der Branchen- und der gesamtwirtschaftlichen Ebene zu: Die Auswirkungen der Implementierung digital-physischer Systeme sind nicht rein technisch determiniert, sondern abhängig von

- ökonomischen und strategischen Entscheidungen von Unternehmen. Technische Innovationen werden in bestehende Produktions- und Dienstleistungsprozesse eingebaut. Institutionen, technische, Datenschutz-, Sicherheits- und andere Standards sowie technische und soziale Schnittstellen beeinflussen die Diffusion der technischen Innovationen.
- der Einflussnahme von Betriebsräten/Gewerkschaften, bspw. in Aufsichtsräten und im Rahmen von Branchenkollektivvertragsverhandlungen;
- überbetrieblichen nationalen und internationalen Wertschöpfungsketten, Ko-ordinationsbestrebungen und Standortentscheidungen. Multinationale Firmen treffen ihre Standortentscheidungen im europäischen oder globalen Rahmen. Um Agglomerationsvorteile realisieren zu können, tendieren europa- oder weltweit agierende Konzerne dazu, hochrangige Dienstleistungsfunktionen in hochrangigen urbanen Zentren anzusiedeln.

- sozialpartnerschaftlicher Arbeitspolitik auf gesamtwirtschaftlicher Ebene;
- gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen, die Niederschlag finden in Arbeitspolitik, Industriepolitik und Institutionen, welche Handlungsmöglichkeiten definieren/einschränken;
- der Verteilungspolitik;
- makroökonomischen Zusammenhängen und makroökonomischer Politik.

Im Hinblick auf und im Zuge einer möglichen breiten Einführung von neuen Automatisierungstechniken, bspw. jener, die mit dem Schlagwort „Industrie 4.0“ belegt werden, bestehen grundsätzlich erhebliche Spielräume für die Politik, insbesondere die makroökonomische Politik, die Industriepolitik, die Verteilungspolitik und die Arbeitspolitik sowie für die Sozialpartner, um die quantitativen Beschäftigungseffekte und die strukturellen Beschäftigungseffekte zu beeinflussen. Die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen haben Gestaltungsmöglichkeiten auf der betrieblichen, auf der Branchen- und auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Im gegebenen Fall gilt es, diese politischen Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen.

Michael Mesch ist Mitarbeiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien

Literatur

- Keynes, John Maynard, Das Ende des Laissez-Faire (München 1926).
- Knight, Frank, Risk, Uncertainty, and Profit (Boston, New York 1921).
- Mazzucato, Mariana, Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum (München 2014).

How to switch back to “boring monetary policy“ without being trapped at the zero lower bound

Since the ECB announced their expanded asset purchase programme (APP) of EUR 60 billion each month it must be clear to every observer that an extension of the balance sheet can not be done indefinitely. An exit has to be considered and executed at some point of time. But are there any theoretical restrictions apart from negative short-run effects? By **Mathias Brunner**

Like all policy decisions, the current monetary policy dilemma cannot be understood without having a thorough comprehension of the institutional and economic situation. First of all, balance sheet policy¹ is nothing new for central banks. These operations are necessary in order that demand meets supply on the money market even in purely interest rate policy regimes. In this case these are called liquidity management operations (Borio and Disyatat 2010, p. 2).

As it is argued (see ECB 2015) the main reasons to step into unconventional monetary policy were liquidity shortage and market impairments. In addition to these short-term problems the ECB approached their effective lower bound. As a consequence, further easing was necessary (ECB 2015, p. 61). The zero lower bound (ZLB) is an important problem for the monetary policy authorities because the policy interest rate could not be reduced below a certain level ($i_{policy} \in [x, \infty]$). Eliminating the ZLB would lead to a situation where no unconventional monetary policy is needed any more ($i_{policy} \in [-\infty, \infty]$). A lower bound to the policy interest rate eliminates at a certain point the effects of further interest rate cuts to meet the stabilizing real interest rate² with the real market interest rate. The market real interest rate can be influenced either by conventional monetary policy or by unconventional monetary policy. A broader view on the policy rate would include non standard monetary policy. This extended concept is called the shadow interest rate (Pattipellohly 2015).

Unconventional monetary policy and the market interest rate

The real interest rate (r) is important for the economy³ and can be viewed as the combination of three components (Rossi 2015). The risk free nominal interest rate (i), expected inflation (π^e) and a risk premium (p):

$$r_{stabilizing} = r_{market} \quad (1)$$

$$r_{market} = i_{riskfree} - \pi^e + p \quad (2)$$

$$i_{riskfree} = f(i_{shortterm}, i_{longterm}) \quad (3)$$

The latter two components in (2) can be seen as the compensation of inflation and risk for the investor. For a better understanding, assume a simple model with rational expectations. The expected value of inflation is equal to the actual inflation in the future and capital losses are compensated by the risk premium. Thus, profitability

would be independent of these two components on average. Only a change in the nominal risk-free interest rate would have an effect on profitability and thus changing real interest rate whereby effecting aggregate demand. To achieve full employment⁴ the market real interest rate has to be equal to the stabilizing real interest rate (1).

But in the real world uncertainty determines expectations, and there is no perfectly calculable risk. To realize the stabilizing real interest rate, monetary policy makers can set the policy rate accordingly ($i_{shortterm}$), assist to minimise divergence from the true risk premium ($\min | p - p_{shock} |$), and improve the inflation forecast of the economic agents ($\min | \pi^e - \pi_{error}^e |$). The risk-free nominal interest rate could be further broke down into a short-term and a long-term component (3). Classical interest rate policy would change the short-term nominal interest rate ($i_{shortterm}$). The other components could be changed by unconventional monetary policy. The financial and sovereign debt crisis lead to information asymmetry and psychological factors (animal spirit) whereby the risk premium increased above its „true“ value (p_{shock}). Therefore, monetary authorities try to decrease the risk premium by using unconventional monetary policy, namely quantitative easing. Forward guidance (another unconventional monetary policy instrument) is constructed to effect $i_{longterm}$. The problem is that using this instrument leads to a loss in credibility in case of a sudden exit of unconventional policy. Communication also has an impact on inflation expectation. However, improving inflation expectation ($\min | \pi^e - \pi_{error}^e |$) is mainly due to institutional issues, namely appropriate central bank communication (Mishkin 2004).

The Senior Deputy Governor of the Bank of Italy, Rossi (2015), sees high risk premium as the main problem. The target of balance sheet policy is to reduce this premium again⁵.

Finding 1. Active balance sheet policy decrease real interest rate by decreasing the risk premium.

From this section it can be concluded that balance sheet policy has an effect on the real interest rate and thus can lead the economy back to full employment (with the desired inflation rate⁶). In normal times this can be as well done with interest rate policy.

The Zero Lower Bound

Conventional monetary policy has limits, namely the zero lower bound. It is best understood by a simple thought experiment. Assu-

me an economy with two assets: *cash money* and (*default-risk-free*) *deposits*. Note that cash has a zero interest rate. Further assume a simple concave utility function of holding money⁷. Now two scenarios are interesting:

- (a) holding money involves no cost and
- (b) holding money involves cost.

If there are no costs of holding money (a), no one puts money on their deposit at negative interest rates ($i < 0$). However, if costs are present (b) the economic agents also accept negative interest rates (for instance linear storing costs). Economic agents would only hold money as long as the utility is below or equal to the costs of holding it. Thus, if the costs are high enough negative interest rates are possible. It can be concluded from our short thought experiment that the floor to nominal interest rates is given by the cost of holding cash⁸.

Therefore, banks would have difficulties to pass on the negative interest rate to other economic agents (especially consumers) because they would start to hold everything in cash.

Finding 2. *The zero lower bound (ZLB) could eliminate the effectiveness of the interest rate policy.*

The stabilizing real interest rate

Even if interest rate policy has a zero lower bound this is only a problem if the policy interest rate for an equilibrium on the market has to be below it. It could be argued that output growth could lead to an increase in the stabilizing real interest rate. Sadly, this is quite uncertain. The Senior Deputy Governor of the Bank of Italy, Rossi (2015), mentioned that the current real interest rate is likely to be low for a longer period of time. Eichengreen (2015, pp. 66-70) gives four possible explanations of a weak economic outlook with low real stabilizing interest rate; the saving glut, secular stagnation, lower fertility and slower technological process.

Bernanke (2005) creates the saving glut hypothesis, which has a global perspective and comes to the conclusion that saving rates in emerging-market economies (EME) are too high. After the Asian Financial Crisis (late 1990s), these countries started to build up foreign reserves. Together with weak economic growth in the European periphery, a flow of global savings floated into developed markets

(Bernanke focuses on the US), holding the real interest rate low. In the US this results in an excess of desired savings to desired capital investment at „normal“ interest rates. A downward pressure on market rates arises. Bernanke (2015) sees these global factors as a reason for a low level of global real interest rates and further „[...] monetary policy [as] chronically unable to push interest rates low enough to achieve full employment [...]“.

Secular stagnation works very similar to this theory but has not a global, but domestic, view. Again, too high savings rates are the problem which are above longer-term investments rates. This leads to lower per-capita income and again to lower savings. This results in a vicious circle and converges to a certain level with small or no growth. Thus, Larry Summers' theory works through reduced domestic investment and consumption. Furthermore, weakness in capital investment and fundamental factors leads to low real interest rates. Summers (2014, p. 65) also mentions the inability of monetary policy to react to such conditions.

Eichengreen (2015) explicitly further focuses on a slowdown in population growth and a decreasing speed of technological growth. The secular stagnation hypothesis sees these as fundamental factors. Low population growth in the advanced economies as well as in some emerging markets leads to a slower growth of the labour force. Thus, less investments are required and real interest rates decline at a given level of savings.

The technological slowdown explanation is more controversial among economists and is supported, for instance, by Gordon (2012). It is argued that the golden century of electricity, and information and communications technologies (ICT) is over. Therefore, the speed of scientific and technological inventions has slowed down and will never recover. This results in a permanent scarcity of high-return investment opportunities (Rossi 2015). This as well results in a low real interest rate.

Both Bernanke and Summers argue that real interest rates are low, and monetary policy will have a hard time to reach the real interest rate. Thereby, it can be concluded that this view supports the assumption that the real interest rate is below the ZLB. To overcome this problem – initially temporally – unconventional monetary policy was used and will be important in the future if the ZLB problem is not overcome. >>

Finding 3. *It is plausible that the real interest rate will be below the ZLB for a extend period of time.*

The Real Economy

From the previous findings it can be concluded that both unconventional and conventional monetary policy can effect the real interest rate. However, interest rate policy is limited and probably could not lead the real interest rate into equilibrium. In practice, reducing the policy interest rate below the lower bound would lead to the following reactions:

- For commercial banks it would result in an incentive to hold cash.
- If the costs of negative interest rates are passed on the depositors, these also have an incentive to withdraw cash.

While banks would have to hold a very large amount of cash (which gives no interest), the savings of consumers are by far not as big. It had been argued in our thought experiment that at a certain amount of holding cash the costs of holding it are above its utility. Thus the banks are likely to accept small negative interest rates. But consumers have less money on deposits per person and often have a loss aversion. Therefore, it is unclear if banks can pass the costs further on consumers and thereby boost aggregated demand through consumption. However, no increase in consumption would not improve future profitability of investments. The problem is that firms are only willing to invest and take credits if they assume future profits. Without more consumption these do not improve.

Overcoming the Zero Lower Bound

Overcoming the zero lower bound would change the incentives on a macroeconomic level. More consumption and thus increasing aggregate demand are desirable consequences. Two categories can be distinguished to eliminate the zero lower bound (Table 1). Category 1 represent the idea to completely abandon cash money. Electronic money would be the only asset which can be used as means of exchange, unit of account, and a store of value.

Additionally, electronic money can be influenced by the interest rate, thus a pass through is possible. This would imply a cashless society. Category 2 can be derived from our thought experiment with two assets. It would suggest that increasing the costs of holding cash money would result in a higher acceptance of negative interest rates. This can be seen as „taxing“ cash money.

Table 1 shows some ideas which are mentioned in the literature and are closer to category 1 or to category 2. *Cash replacement* is the idea of not entirely getting rid of cash money but exchanging this medium to a more controllable one. It can be seen as using prepaid cards instead of cash and coins. If this card has a limit on it there is only a certain amount of money which can be „saved“ from negative interest rates. *Lottery* would instead work with the current cash system but creating an artificial nominal inflation of cash. This could be done by randomly devalue certain serial codes making these bank notes worthless⁹. *Bar coding currency* is the idea of keeping cash money but taxing the period where notes have not been used. Tracing the note at each purchase would be necessary to calculate the period. Therefore, bar coding (Goodfriend 2000). This idea is related to Gesell money which was used during the inter-war years in Wörgl (Austria). Again this would be something like an artificial inflation. Last but not least, using an *exchange rate between currency and electronic money* will also increase the costs (Humphrey 2015, S. 8).

	concept	description
category 1 ↑ ↓	eliminating cash	<i>cashless society</i>
	cash replacement	<i>reloadable stored-value card</i>
	lottery	<i>randomly eliminate bank notes</i>
	bar coding currency	<i>Gesell money</i>
	exchange rate	<i>electronic money to cash</i>
category 2	tax cash money	<i>increasing costs of holding money</i>

Table 1: Some proposed solutions for the zero lower bound problem.

Since the flow of money is taxed and not the stock, it is necessary that the income (wages, pensions, profits, ...) is paid on the deposits and not in cash. Practically, banks would impose/raise ATM fees to limit cash withdrawals and impose monthly fees related to the deposit balance to compensate the negative real interest rate they are facing. In theory, the exchange rate is set by the market (banks) and is therefore efficient¹⁰.

Finding 4. *The zero lower bound is a policy decision.*

Conclusion

Monetary policy has the power to influence the real interest rate and can keep real interest rates at their stabilizing level. This is currently done by using unconventional monetary policy instruments and therefore a shadow interest rate below policy rates. It is uncertain that the euro area will grow out of its negative situation soon and assistance of fiscal policy is not in sight. If the stabilizing real interest rate is low for an extended period of time an exit from un-

conventional monetary policy is problematic. Solving the initial problems of liquidity shortage and market impairments is not enough. In the current environment the zero lower bound could eliminate effects of interest rate policy and results in too restrictive monetary policy. But the zero lower bound is not a natural law, it is a policy decision. In case of an exit without any rise in the stabilizing interest rate, monetary policy must overcome this problem. It is possible that the central bank authority could use one of the mentioned instruments in category 2. In the long run, an implementation of category 1 measures is a possible target.

It is uncertain that the changes are as fast as the end of the gold standard, but a gradual change in this direction is possible while category 2 measures can be implemented in the short run if necessary. Consumers want probably realize the whole dimension of these changes too late. When facing negative interest rates on deposits, withdrawing cash will not be an option any more.

References

- Bernanke, Ben (2005). *“The global saving glut and the US current account deficit”*. Board of Governors of the Federal Reserve System (U.S.). Speech No. 77
- Bernanke, Ben (2015). *Why are interest rates so low, part 3: The Global Savings Glut*. URL: www.brookings.edu/blogs/ben-bernanke/posts/2015/04/01-why-interest-rates-low-global-savings-glut (visited on 10/04/2015).
- Borio, Claudio and Piti Disyatat (2010). *“Unconventional monetary policies: an appraisal”*. In: The Manchester School 78.s1, pp. 53–89.
- ECB (2015). *“The role of the central bank balance sheet in monetary policy”*. In: Economic Bulletin 4, pp. 61–77.
- Eichengreen, Barry (2015). *“Secular Stagnation: The Long View”*. In: The American Economic Review 105.5 (2015): 66–70.
- Goodfriend, Marvin (2000). *“Overcoming the zero bound on interest rate policy”*. In: Journal of Money, Credit and Banking, pp. 1007–1035.
- Gordon, Robert J. (2012). *“Is US economic growth over? Faltering innovation confronts the six headwinds”*. No. w18315. National Bureau of Economic Research, 2012.
- Humphrey, David (2015). *“Payment systems aspects”*. URL: www.cepr.org/sites/default/files/Humphrey%20slides.ppt (visited on 10/08/2015).
- Kimball, Miles (2015). *“18 Misconceptions about Eliminating the Zero Lower Bound (and Any Effective Lower Bound on Interest Rates)”*. URL: dL.dropboxusercontent.com/u/19721014/18%20Misconceptions%20about%20Nixing%20ZLB%20sep2015%20Chicago%20Fed.pptx (visited on 10/08/2015).
- Mishkin, Frederic S. (2004). *“Can central bank transparency go too far?”* No. w10829. National Bureau of Economic Research, 2004.
- Pattipeilohy, Christiaan (2015). *“Monetary policy in the EMU: Conventional, unconventional and beyond”*. University Lecture.
- Plosser, Charles (2014). *“Unwinding Stimulus Challenge of Willpower”*. URL: www.bloomberg.com/news/videos/b/2989ec7-2773-4b8d-913c-570cf06786f9 (visited on 10/09/2015).
- Rossi, Salvatore (2015). *“Monetary policy in a low growth, low interest rate environment”*. URL: www.bis.org/review/r150917b.htm?ql=1 (visited on 10/03/2015).
- Summers, Lawrence (2014). *“US economic prospects: Secular stagnation, hysteresis, and the zero lower bound”*. In: Business Economics 49.2, pp. 65–73.

Mathias Brunner has written this article during his exchange semester in Maastricht (NL), but returned to Vienna in the meantime and has completed his Master's degree in Economics at WU

Footnotes

- 1 Unconventional and non-standard monetary policy will be used in the text as synonyms for Borio and Disyatat (2010) definition of active balance sheet policy. Forward guidance et al. are as well part of these kind of policies but will be not the main focus of this article. Finally, „classic“ *interest rate policy* (which Plosser (2014) also described as „boring monetary policy“) has to be distinguish from *active balance sheet policy*.
- 2 The stabilizing real interest rate is the real interest rate at the equilibrium.
- 3 The IS curve in the basic macroeconomic model depends on the real interest rate.
- 4 Full employment can be understand in this case as a situation where only voluntary unemployment is present.
- 5 Also to accelerate the deleveraging process of banks is of interest (Rossi 2015).
- 6 Following the textbook IS-PC-MR model a central bank can achieve any inflation target at equilibrium output.
- 7 Formally the utility function of holding money can be written as the money yields some service/utility $u(m)$, so that $u'(m) > 0$ and $u''(m) < 0$.
- 8 It is important to mention that there could also be a services provided which is not captured by the interest rate. This would lead to an acceptance of a more negative interest rate.
- 9 Kimball (2015): „Journalist Matthew Yglesias advocates cashless economy in 2011 after online discussion stimulated by Greg Mankiw's 2009 NYT article mentioning random invalidation of serial numbers.“
- 10 For a more detailed discussion see See Miles Kimball's presentation at the Federal Reserve Bank of Chicago (Kimball 2015).

Politische Ökonomie Österreichs

BEIGEWUM (Hg.) | Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt | 256 Seiten | 19,90 Euro
rezensiert von **Lukas Lehner**

Trotz des 20-jährigen Jubiläums des österreichischen EU-Beitritts findet kaum eine öffentliche Debatte darüber statt. Das Buch die „Politische Ökonomie Österreichs“ versucht eine kritische Diskussion zu eröffnen. Darin widmen sich die Autor_innen der Frage inwiefern sich Wirtschaft, Gesellschaft und Politik seither und dadurch verändert haben. Nicht nur Ökonom_innen sondern auch Politikwissenschaftler_innen und Soziolog_innen versuchen die Umbrüche in der politischen Ökonomie Österreichs zu beschreiben.

Österreichs Beitritt zur EU 1995 stellt ein entscheidendes Ereignis in der Transformation seiner politischen Ökonomie dar. Durch die Eingliederung in eine größere Form einer supranationalen Staatlichkeit wurden die politischen Kräfteverhältnisse, Institutionen und Entscheidungsprozesse tiefgreifend verändert. Dieser Wandel geht klar in eine neoliberale Richtung und engt nationale Handlungsspielräume progressiver Politiken ein.

Zunächst werden die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, die erst zum Beitritt Österreichs zur EU geführt haben, analysiert – Umstände, die heute vielen Studierenden wohl nicht mehr bewusst in Erinnerung sein werden. Mit „AuswEG Europa“ hat der BEIGEWUM bereits 1988 einen Beitrag zur damals aufkommenden Beitrittsdiskussion geliefert und Alternativen diskutiert. Nach dem Beitritt 1996 wurde der Konferenzband „Wege zu einem anderen Europa“ herausgegeben. Dieses Buch versucht nun zu beleuchten, wie durch Österreichs Integration in die EU Kräfteverhältnisse, Institutionen und Entscheidungsprozesse verändert wurden. Dies ist besonders eindrucksvoll gelungen.

Das Buch teilt sich in drei Bereiche: Im Ersten werden Veränderungen im Akkumulations- und Entwicklungsmodell Österreich aus der Makroperspektive diskutiert. Dabei werden die neoliberale Regulationsweise und das exportgetriebene Akkumulationsregime Österreichs beleuchtet. Diese funktionieren nur, solange sie kreditgetriebenen Volkswirtschaften gegenüberstehen. Denn sowohl das exportorientierte als auch das kreditgetriebene Akkumulationsregime bauen auf Verschuldung: Während im kreditgetriebenen Inlandsverschuldung aufgebaut wird, steigt im exportorientierten die Verschuldung der Handelspartner. Gleichzeitig geht dies mit zunehmender Finanzialisierung einher: Finanzmärkte sind dereguliert, Finanzinvestitionen ersetzen Realinvestitionen und Haushalte verschulden sich zunehmend. Die Krisenanfälligkeit wird dadurch zusätzlich erhöht. Als Folge der neoliberalen Regulationsweise wurde das Ziel der Vollbeschäftigung durch Preisstabilität und dem Dogma der soliden Staatsfinanzen ersetzt. Die frühere Nachfragepolitik wurde durch eine Schwächung der Arbeitnehmer_innen mit dem Ziel größerer Lohnflexibilität abgeschafft. Die Fiskalregeln der Wirtschafts- und Währungsunion haben nationale Handlungsspielräume hier so stark eingegengt, dass (antizyklische) Fiskalpolitik auf nationaler Ebene kaum mehr möglich ist. Gleichzeitig wurde keine koordinierte europäische

Fiskalpolitik geschaffen, während sich Geldpolitik einzig am Ziel der Preisstabilität orientiert. Als Folge der Lähmung von Fiskal-, Geld- und Währungspolitik kann in der Theorie auf nationalstaatlicher Ebene nur noch (flexible) Lohnpolitik wirtschaftliche Schocks abfedern. Innere Abwertung bedeutet massive Lohnkürzungen in Zeiten ökonomischer Krisen. Abgesehen davon, dass Löhne in der Realität nicht flexibel sind, reduzieren Lohnsenkungen die Kaufkraft und verstärken Einbrüche in Krisen prozyklisch. Als Folge setzt sich eine Deflationsspirale in Gang. Anstelle Arbeitslosigkeit zu reduzieren, steigt diese, was heute in den Ländern der europäischen Peripherie beobachtet werden kann. Der Buchbeitrag argumentiert, dass die Gesamtarchitektur der EU bereits eine deflationäre Tendenz aufweist. Asymmetrischer Anpassungsdruck der kreditgetriebenen Länder führt zu einer Anpassung nach unten, also Stagnation anstatt Wachstum. Als zentrale Charakteristika der neoliberalen Regulationsweise werden die gemeinsame an Preisstabilität orientierte Geldpolitik, die regelgebundene Einengung des fiskalischen Spielraums, die Deregulierung von Finanz-, Produkt- und Arbeitsmärkten, der Rückbau des Sozialstaats sowie der zunehmende Rückzug des öffentlichen Sektors aus der Bereitstellung wichtiger Leistungen identifiziert.

Im zweiten Teil des Buches werden Umbrüche in den konkreten Politikfeldern, welche die soziale und ökonomische Entwicklung geprägt haben, beleuchtet. Im dritten Teil wird versucht eine Beurteilung dieser Transformation vorzunehmen. Dabei wird speziell der Frage nachgegangen, welche Gruppen davon profitiert und welche dadurch verloren haben.

Im Kern scheint das Buch die Frage aufzuwerfen: Liegt die verstärkte neoliberale Wirtschaftspolitik also vorwiegend an den sie stützenden Kräfteverhältnissen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten oder hat die EU eine sich überwiegend verselbstständigte neoliberal konstitutionalisierte Agenda, welche daher im Kern bekämpft werden müsste? Auf eine eindeutige Antwort auf diese Frage können sich die Autor_innen nicht einigen. Dennoch leistet der BEIGEWUM mit diesem Buch einen maßgeblichen Beitrag einer umfangreichen Analyse der Politischen Ökonomie, wie sie bisher noch nicht vorhanden war. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Werk auch in der Lehre ausreichend rezipiert wird und Lehrveranstaltungen dazu folgen.



Lukas Lehner macht an der London School of Economics and Political Science seinen MSc in „Political Economy of Europe“

VWL als Nebenfach – Pluralismus Wanted

Wie auch in der „Standpunkte“-Ausgabe von Mai 2014 zu lesen, gewinnt die Forderung nach Pluralismus und Vielfalt in der VWL immer mehr an Schwung – auch in Österreich und an der WU. Zumeist beziehen sich die Forderungen nach Theorien- und Methodenvielfalt dabei auf das gesamte Curriculum des Wirtschaftsstudiums, um heterodoxen Inhalten in eigenen Lehrveranstaltungen mehr Raum zu geben und neoklassische Ansätze zu komplementieren. Dabei wird aber oft auf Einführungskurse vergessen, wie sie in vielen Studienplänen abseits der VWL enthalten sind.
von **Heidi Leonhardt**

Mit solchen „Grundlagen der VWL“-Kursen sollen Studierende mit verschiedensten Hintergründen einen Einblick in volkswirtschaftliche Abläufe und ökonomisches Denken bekommen. Sie finden sich zum Beispiel in den Studienplänen der Agrarwissenschaften oder Politikwissenschaften, in zahlreichen Wahlfachpaketen (z.B. in so weit entfernten Studien wie Ernährungswissenschaften) und Erweiterungscurricula sowie auch in den Studienplänen der WU für alle Studierenden – auch die, die sich später auf BWL festlegen. In Nordamerika besuchen rund 40% aller Studierenden einen Ökonomie-Grundlagenkurs, wie Green (2013) feststellt – nur wenige davon studieren VWL.

Für viele Studierende stellt eine solche Lehrveranstaltung den einzigen Kontakt mit der VWL als wissenschaftlicher Disziplin dar, deren Inhalte später im Studium kaum wieder gebraucht werden. Und dennoch schreibt Julie Nelson (2009) darüber:

„In standard principles of economics courses, students are expected to master a narrow set of concepts without raising any questions about the history, limitations, or ethical implications of what they learn. ... [T]hey are indoctrinated into a narrow view about what is economics. ... The basic question asked in the standard course is, 'How can we explain issue X in terms of our given set of (traditional) methodological tools?' – not 'How can we best explain the economic world we live in?'“

Nelson 2009, p.57f.

Gerade in der englischsprachigen Welt liegt diese Einseitigkeit zum Teil an der Dominanz einiger weniger Lehrbücher wie beispielsweise Mankiw & Taylor's „Economics“ (Mankiw & Taylor 2014).

Doch auch in der deutschsprachigen Welt beschränkt sich die Auswahl an verfügbarem Material stark auf neoklassische Lehrbücher – wie viele aufgeschlossene Lehrende berichten können, die nach Alternativen suchen. So beziehen sich auch hierzulande (wie ich aus eigener Erfahrung weiß) viele Vorlesungen auf die stark vereinfachten und

realitätsfernen, aber mathematisch gut erfassbaren neoklassischen Inhalte. Auf Basis von beispielsweise „vier Grundannahmen“ oder „fünf Axiomen“ (z.B. Nutzenmaximierung, perfekte Information, absolute Zweckrationalität, definierte Eigentumsrechte, abnehmender Grenznutzen) werden davon abweichende Fälle als „Ausnahmen“ behandelt (Hofreither et al. 2013; Ghosh & Wolcott 2014). Selbst wenn diese Axiome eindeutig als „unrealistische Annahmen“ identifiziert werden, so wird doch suggeriert, dass diese einen Optimalfall darstellen und verwirklicht werden sollten – oder könnten. Zusätzlich werden diese Herangehensweise und die mit ihr verbundenen deduktiven Methoden häufig als „die Ökonomik“ dargestellt und Verweise auf andere Schulen unterlassen (oder auf „später“ verschoben), so dass der Eindruck entsteht, es gäbe diese gar nicht (Ghosh & Wolcott 2014).

Es ist klar, dass in einem einfachen, vielleicht nur 3 ECTS dauernden Einführungskurs nur beschränkte Inhalte vermittelt werden können. Aber gibt es einen guten Grund, warum dies genau die mathematisch-formalistischen Modelle der vereinfachten Neoklassik sein sollten? Insbesondere angesichts von verschiedensten Studien, die nahelegen, dass Studierende der Standardökonomie (im Gegensatz zu Studierenden breiterer Kurse) nach ihrem Studium egoistischer sind (Stilwell 2011) oder gar glauben, umstrittene Zusammenhänge wie die Auswirkungen von Mindestlöhnen eindeutig zu kennen (Wolcott 2014). Da Lehrinhalte kein Naturgesetz sind, sondern den jeweiligen Anforderungen und Zielen des Curriculums angepasst werden, sollten wir uns fragen, was genau wir mit einer solchen Grundlagenlehrveranstaltung erreichen wollen. Eine stark reduzierte Einführung in eine Disziplin, die in Wahrheit breiter aufgestellt ist, und deren Vereinfachung fragwürdige Nebeneffekte hat; oder die Heranziehung kritischer Studierender und BürgerInnen, die gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge in ihrer Komplexität sinnvoll erfassen können – unter Berücksichtigung verschiedener Perspektiven? Was sollen zukünftige ManagerInnen oder andere EntscheidungsträgerInnen, die nicht VWL

studiert haben, über wirtschaftliche Zusammenhänge wissen?

Die gute Nachricht ist: es gibt bereits (einige wenige) Ansätze, den Status Quo zu verändern. Einzelne Lehrbücher (wie bspw. Goodwin et al. 2014) sowie Ergänzungsliteratur und Erfahrungsberichte (McDonough 2004, Ghosh & Wolcott 2014, Nelson 2009) helfen Lehrenden dabei, ihre Lehrveranstaltungen weiterzuentwickeln und die Ökonomik in ihrer Breite abzubilden. Doch auch Studierende sind gefragt, kritisch nachzudenken und eine andere Lehre zu fordern – damit ihnen die Welt der heterodoxen Ökonomik nicht verschlossen bleibt.

Heidi Leonhardt hat den Master in Socio-Ecologic Economics and Policy an der WU abgeschlossen und ein Doktorat an der BOKU begonnen

Literaturverzeichnis

- Ghosh, I. & Wolcott, B., 2014. Towards a dialogical undergraduate introductory economics course. *International Journal of Pluralism and Economics Education*, 5(3), pp.230–241.
- Goodwin, N. et al., 2014. *Principles of Economics in Context*, London: M.E. Sharpe.
- Green, T.L., 2013. Teaching (un)sustainability? University sustainability commitments and student experiences of introductory economics. *Ecological Economics*, 94(2013), pp.135–142.
- Hofreither, M.F. et al., 2013. Volkswirtschaftslehre für Nicht-Volkswirte - Orthodoxe Grundlage oder problemzentrierter Pluralismus? In *SGA/ÖGA, Grenzen der Qualitätsstrategie im Agrarsektor - 41. Jahrestagung der Schweizer Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie und 23. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie*. Zürich, p. 144.
- Mankiw, G.N. & Taylor, M.P., 2014. *Economics 3rd ed.*, London: Cengage Learning Emea.
- McDonough, T., 2004. Integrating Heterodox Economics into the Orthodox Micro Course: A Pluralist Approach., 3(4).
- Nelson, J., 2009. The Principles Course. In J. Reardon, ed. *The Handbook of Pluralist Economics Education*. London and New York: Routledge: Taylor & Francis Group, pp. 57–68.
- Stilwell, F., 2011. Teaching a pluralist course in economics: the University of Sydney experience. *International Journal of Pluralism and Economics Education*, 2(1), p.39.
- Wolcott, B., 2014. Does Taking Econ101 Cause Overconfidence? Available at: http://www.academia.edu/10330632/Does_Taking_Econ_101_Cause_Overconfidence [Accessed September 11, 2015].

Wer unterrichtet dich?

Guido Schäfer

Professor Guido Schäfer spricht mit uns über seine Forschung, seinen Lieblingswissenschaftler und die Entwicklung des neuen Masterprogramms. Das Interview führte **Peter Tschofen** im Sommersemester 2015

War Ihr Berufswunsch zum Studienbeginn bereits Ökonom?

Mein Problem war, dass mich viele verschiedene Sachen interessieren. Hätte ich nicht den Zivildienst gemacht, wäre ich wahrscheinlich Chemiker geworden, aber mich hat immer auch schon Philosophie sehr interessiert. Ich hab einige Semester an der Uni Wien Philosophie studiert und ich hätte das Studium wahrscheinlich auch fertig gemacht, wenn ich nicht auf der WU zu arbeiten begonnen hätte. Mich hat aber auch Informatik sehr interessiert. Letztendlich war mir das alles zu eng und ich bin bei der Volkswirtschaft gelandet, weil das ein Fach ist, das sehr umfassend erlaubt, sich mit diesen ganzen grundsätzlichen Fragen zu beschäftigen, die mich interessieren, wie zum Beispiel sozialer Gerechtigkeit, Ökologie usw. Ich glaube in der Hinsicht war ich ein typischer VW-Student.

Haben Sie auch im Ausland studiert?

Ja, ich habe zwei Jahre in Harvard studiert zwischen 1998 und 2000, also zu einer sehr spannenden Zeit, in der die Internet-Bubble ihren Höhepunkt erreicht hatte. Das damals auch sehr stark zu spüren. Ich hatte damals mein Doktorat schon fertiggemacht und bin danach nach Amerika gegangen. In Harvard konnte man parallel Kurse am MIT besuchen und ich war wie ein Kind in einem Zuckerlgeschäft – man konnte wirklich nach Herzenslust Kurse anhören bei sehr bekannten Leuten. Das waren zwei Jahre, die für mich persönlich und meine ökonomische Entwicklung sehr prägend waren.

Wer ist Ihr Lieblingswissenschaftler/Ihre Lieblingswissenschaftlerin?

Das kann ich nur schwer beantworten. Es gibt natürlich Ökonomen und Ökonomen (leider sind es mehr Ökonomen), deren Arbeit ich bewundere. Ein Role Model für mich als Ökonom ist Robert Shiller, weil er frühzeitig auf Basis sehr solider Datenrecherche und theoretischer Analyse die Probleme, die uns später in der Weltfinanzkrise zu schaffen machten, erkannt hat. Er sah die Situation am Immobilienmarkt und stellte fest, dass es dafür eigentlich keine solide Datengrundlage gibt. Er begann also damit, eine solche zu erstellen und bemerkte sehr früh die Blase, deren Platzen für das amerikanische Finanzsystem, aber auch für die Weltwirtschaft, zu einem massiven Problem werden könnte. Das ist etwas, was ich sehr schätze. Ich finde theoretische Analyse wichtig, aber ich finde auch wichtig, dass man sie verbindet mit empirischen Untersuchungen und denke gerne über die wirtschaftspolitischen Konsequenzen nach. Ich würde mich nur ungern für eines von beiden entscheiden müssen. Für mich ist das Spannende die Verbindung dieser Bereiche und das ist etwas, was man an der WU sehr gut machen kann. Ich fühle mich hier auch sehr wohl.

Zu welchen Themen forschen Sie?

Ich komme eigentlich aus der monetären Ökonomie. Ich habe mich habilitiert in Geldtheorie – begann allerdings daraufhin, mich

mit Fragen des Zahlungssystems zu beschäftigen. Dort stellen sich auch sehr wesentliche wettbewerbsökonomische und wettbewerbspolitische Fragen, weil in einem Zahlungssystem immer mehrere große Parteien zusammenwirken. Von dort bin ich zur Wettbewerbsökonomie gelangt, wo sich Probleme aus rechtswissenschaftlicher Sicht stellen, weshalb ich mich in den letzten Jahren sehr viel mit derartigen Fragen beschäftigt habe. Mit dem EU-Beitritt haben wir einen Wechsel im Wettbewerbssystem erlebt und damals gab es wenige Leute, die sich mit diesem Thema beschäftigten.

So habe ich zum Beispiel das Liftkartell in Österreich untersucht, was dann gar nichts mehr mit dem Geldsystem zu tun hatte, sondern viel eher mit Wettbewerb und „Law and Economics“. Das Liftkartell war das größte Kartell, das in Österreich je aufgedeckt wurde und auch mit den höchsten Strafen verbunden war, die in Österreich je erlassen wurden. Wir analysierten das Kartell aus Sicht der privaten KlägerInnen und fragten uns: wie kann man so einen Schaden nachweisen, und wie hoch ist er? Traditionell war es so, dass die Behörde solche Fälle verfolgt hat, aber die KundInnen sind eigentlich leer ausgegangen, haben zu hohe Preise gezahlt und waren geschädigt. Es ist sehr schwierig, solche Schadenersatzfälle vor Gericht durchzubringen. Der Punkt war auch, dass es nicht nur darum geht, ein ökonomisches Publikum zu überzeugen, sondern auch Juristinnen und Juristen, was noch viel schwieriger ist.

Ich habe also diese zwei Standbeine: Zum einen forsche ich nach wie vor zum Geld- und Finanzsektor, zum anderen aber auch zu Wettbewerb und Law and Economics.



Guido Schäfer

Ao. Univ.-Prof. Dr. Guido Schäfer ist stellvertretender Vorstand am Institut für Analytische Volkswirtschaftslehre der WU und seit März 2015 Programmkoordinator des VWL-Masters.

Welches Fach unterrichten Sie am liebsten? Geld und Konjunktur?

Ja. Es ist so, dass dieses Fach aufgrund der Krisen in den letzten Jahren sehr viel Resonanz unter den Studierenden findet, und dadurch viel Nachfrage besteht. Es ist schwierig zu unterrichten, weil sich unheimlich viel verändert hat in den letzten Jahren. Man muss jedes Semester große Teile neu konzipieren und vorbereiten, aber das ist gerade auch das, was daran interessant ist.

Beschäftigen Sie sich momentan auch viel mit Griechenland?

Ja. Ich sitze jeden Abend vor dem PC und mir fallen die Augen raus von dem, was ich da lese. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Fall ist, in dem zwar anhand einer relativ kleinen Volkswirt-

schaft, aber vom Grundsätzlichen her ganz zentrale Fragen für die Zukunft der Währungsunion und der Europäischen Union insgesamt abgehandelt werden. Ich behandle die Krise in der Eurozone auch immer in meinen Lehrveranstaltungen.

Themawechsel: Freuen Sie sich schon auf Ihre neue Aufgabe als Programmkoordinator für den VWL-Master?

Ja! Am Anfang muss man wahnsinnig viel lernen. Ich bin froh, dass Heidemarie Straka mir so viel hilft, weil bei manchen Themen weiß ich bis jetzt nur sehr wenig. Ein solches Projekt, bei dem ich noch eine sehr steile Lernkurve habe (ich mache das ja erst seit Kurzem), ist die Studienplanreform. Dieses Projekt ist extrem spannend.

Waren Sie überrascht davon, dass die Studierenden da auch schon Initiative ergriffen haben?

Nein, ich glaube, dass das natürlich ein wichtiges Thema für alle am Department ist und ich finde das sehr gut, wichtig und notwendig. Je mehr Leute mitdenken und mitmachen, desto besser ist es. Ich glaube die Frage wird sein, ob diese Reform eine substantielle Weiterentwicklung eines an sich ja guten Studienplans darstellen wird. Das Programm läuft jetzt 5-6 Jahre. Man verfügt nun einerseits über Erfahrungen, die man einbringen kann. Andererseits haben sich auch die Voraussetzungen und die involvierten Personen geändert, daher ist, glaube ich, jetzt kein schlechter Zeitpunkt zu überlegen, in welche Richtung man das weiterentwickeln möchte. Ich lerne dabei auch überhaupt eine Menge über die Struktur an der Uni, in unserem Department im Vergleich zu anderen Unis in einer Weise, die mir vorher gar nicht bewusst war. Wir machen jetzt viele Vergleiche mit anderen Unis um zu sehen, wo wir stehen, und ich lerne viele neue Leute kennen.

Sehen Sie das als positiv, dass sich die WU da sehr stark an anderen Unis orientiert?

Ich glaube, man muss für sich selbst eine Strategie finden, die passt. In erster Linie ist es unsere Entscheidung, wie wir das machen wollen. Andererseits existieren wir natürlich nicht nur in einem Vakuum. Man sieht, dass sich im Umfeld auch sehr viel entwickelt, sodass man sich bewusst überlegen sollte, ob man das auch so machen will, oder ob man das bewusst anders macht. Was man vermeiden sollte, ist einfach "business as usual" weiter zu machen, vielleicht manche Dinge gar nicht wahrzunehmen und dann von manchen überrollt zu werden, wenn sie sich doch bei uns bemerkbar machen. Ich glaube, wir sollten hier eine bewusste Strategie fahren.

Haben Sie das Gefühl, dass die Heterodoxie, die auf der WU ja traditionell recht verankert ist, momentan im Masterstudium zu kurz kommt?

Ich selbst bin kein heterodoxer Ökonom. Ich bin aber der Meinung, dass Vielfalt ein wichtiger Wert im Studium und auch am Department ist. Im Vergleich zu anderen Unis glaube ich, dass heterodoxe Ökonomie bei uns einen größeren Stellenwert hat. Meiner Meinung nach wird es Frage der Diskussionen der Arbeitsgruppe zur Studienreform sein, welchen Stellenwert sie zukünftig im Masterprogramm haben wird. In der einen oder anderen Form wird es das sicher weiter geben. Die Frage wird sein: Ist heterodoxe Ökonomie etwas, das man in der Grundausbildung haben möchte, oder möchte man es unter Umständen zu einem Vertiefungsfach machen? Würde das dann bedeuten, dass man das Fach aufstocken würde von den Stunden her? Andererseits würden das dann vielleicht nicht mehr alle Leute machen. Es wird möglicherweise auch neue LV-Typen geben, wo die Möglichkeit geschaffen werden kann, das Fach anders zu verankern.

Das Masterprogramm selbst ist wahrscheinlich nicht wirklich der Punkt, wo der Stellenwert der Heterodoxie am Department zu entscheiden ist, denn das hat auch mit Besetzungen und personellen Fragen zu tun. Für uns spiegelt das also nur ein Stück weit wider, wie sich das Department insgesamt zu dieser Frage stellt. Ich gehe davon aus, dass es die heterodoxe Ökonomie nach wie vor bei uns geben wird, auch wenn sie bei anderen Universitäten vielleicht nicht so einen Schwerpunkt darstellt wie auf der WU.

Peter Tschofen studiert Engineering an der Carnegie Mellon in Pittsburgh und hat seinen Bachelor in VWL an der WU gemacht

Update

Das Interview wurde bereits im Sommersemester 2015 geführt. Die Programmassistentin Heidemarie Straka wurde in der Zwischenzeit von Stephanie Calhoun beerbt, die das Department mit dem vergangenen WS 2016/17 ebenfalls bereits verlassen hat. Ihre Aufgaben übernimmt derzeit Sandro Pannagl. Der angesprochene VWL-Studienplan wurde mittlerweile im Senat beschlossen (s. StV-Bericht S. 3) und soll mit WS 2018/19 in Kraft treten. Die Geschehnisse in Griechenland sind kaum noch Gegenstand der Berichterstattung.

März

SOLV X: Was ist Kapitalismus?

von Studierenden selbst organisierte Lehrveranstaltung. Ringvorlesung in 11 Einheiten
Mittwochs, 17 Uhr, D4.0.022 // Erste Einheit: 8. März
Der Besuch der einzelnen Vorträge ist auch ohne Anmeldung möglich

„The General Theory of Employment, Interest and Money“

Keynes-Lesekreis mit Predrag Cetkovic
Donnerstags, 14-tägig im jeweils 15-18 Uhr, Department VWL (D4, 2. Stock)
Vorbesprechung: 9. März, erste Einheit: 23. März
Infos: wu.ac.at/economics/vw-zentrum/events/lesekreis

VW/Sozök/SEEP-Heuriger

Freitag, 10. März, 19 Uhr im Werkzeug H (5., Schönbrunnerstraße 61)

Standpunkte Redaktionssitzung (Plenum)

Freitag, 17. März, 18 Uhr, D4.0.019 (WU)
Alle, die bei der nächsten Ausgabe der Standpunkte mitschreiben wollen, sind eingeladen!
Wer verhindert ist: Artikelvorschlag vorab an standpunkte.zeitung@gmail.com!

Offenes Pluralo-Plenum

Die Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien lädt zum Mitmachen ein
Montag, 20. März, 18.30 Uhr, Treffpunkt: D4, Foyer (WU)

Lohngetriebenes versus Profitgetriebenes Nachfrageregime

2. Kazimierz-Łaski-Lecture mit Marc Lavoie
22. März, 15 bis 17 Uhr, AK Bildungszentrum (4., Plößlgasse 13)
Anmeldung an: daniela.paraskevaidis@akwien.at

Pluralo Jubiläumsfest

Die Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien feiert ihr dreijähriges Bestehen
Freitag, 24. März, ab 22 Uhr, OC Vienna, 1., Mahlerstraße 11

WU Master Day

Vorstellung der Masterprogramme der WU (mit Infostand der StV)
Mittwoch, 29. März von 10 bis 15 Uhr, LC (Aula); Infos: wu.ac.at/masterday

ÖH-Wahl 2017

Wähle deine VertreterInnen auf Bundes-, Uni- und Studienebene!
Dienstag, 16. – Donnerstag, 18. Mai, WU

IFIP Annual Conference 2017

Jahrestagung des Instituts für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik (TU Wien)
mit Verleihung des Egon-Matzner Preises für Sozioökonomie
Donnerstag und Freitag, 7. und 8. Juni 2017, UZA 1 (alte WU), HS W5 (Aula)

Workshop: Introduction on Postkeynesian and Political Economics

3-tägige Summerschool an der Kingston University in London
5.-7. Juli 2017, Infos und Anmeldung unter: politicaleconomy2017.eventbrite.co.uk

6th FMM International Summer School, Berlin

30. Juli bis 5. August 2017; Bewerbungen bis 15. März!
Einführung in Keynesianische Makroökonomik und Europäische Wirtschaftspolitik
Infos: www.boeckler.de/veranstaltung_imk_67705.htm

Summer School: A Heterodox View on Shadow Banking and Financialisation

Sommer-Workshop der Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien an der WU
6.-10. September 2017, Call for Participation folgt

Momentum Kongress

Kongress für kritische Wissenschaft, von 19. bis 22. Oktober 2017 in Hallstatt

Ausblick

Veranstaltungskalender